Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 1. Montag, den 3. Januar 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zum dritten Parteitag der preußischen Sozialdemokratie.

Am heutigen Montag wird in Berlin der dritte Parteitag der preußischen Sozialdemokratie zusammentreten. Der erste dieser Parteitage fand Ende Dezember 1904 in Berlin statt, nachdem die Anregung dazu drei Monate vorher auf der Tagung der Gesamtpartei in Bremen gegeben worden war. Seine Einberufung erfolgte von seiten des Parteivorstandes unter der zutreffenden Motivierung: es sei notwendig, daß auch die preußische Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit, vertreten durch Delegierte aus allen Kreisen, das Wort nehme, um den Kampf für des Volkes Recht, Freiheit und Wohlfahrt nachdrücklich zu führen. Der zweite preußische Parteitag sollte nach einem vom ersten gefaßten Beschluß Ende 1906 stattfinden. Durch die Auflösung des Reichstages und den ihr folgenden Wahlkampf wurde seine Einberufung verhindert; er konnte erst Ende November 1907 zusammentreten. Eine seiner wichtigsten Aufgaben, die Schaffung einer Landesorganisation für Preußen, löste er gemäß § 5 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei in glücklicher Weise. Im Statut dieser Landesorganisation wurde bestimmt, daß ein preußischer Parteitag alle zwei Jahre stattzufinden hat. Dementsprechend hat der geschäftsführende Ausschuß der Landeskommission in Verbindung mit dem Parteivorstande den nunmehr stattfindenden dritten preußischen Parteitag einberufen. Seine Tagesordnung umfaßt außer den Berichten des Ausschusses und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die bereits vor einigen Wochen in der Parteipresse veröffentlicht worden sind, die Wahlrechtsfrage in Preußen, die Verwaltung Preußens und das Kommunalprogramm für Preußen.

Nach dem Bericht des Ausschusses gliedert sich die Parteiorganisation in Preußen zurzeit in 22 Bezirksverbände mit zusammen 1454 Ortsvereinen, deren Mitgliederzahl Ende Juni 1909 insgesamt 322 397 betrug. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 wurden in Preußen 1 816 959 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und 20 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt. Hinzugekommen ist kürzlich das Mandat für Halle. Ende Juni 1909 hatte die Partei in 94 Städten 455 und in 510 Landgemeinden 1179 sozialdemokratische Vertreter. Die Zahl dieser Vertreter hat sich in den letzten Monaten noch ganz erheblich erhöht.

Nicht allein nach diesen Zahlen ist die Bedeutung der Sozialdemokratie Preußens zu beurteilen. Eine ganz besondere und hervorragende Bedeutung ist ihr in Ansehung der speziellen Aufgaben beizumessen, die sie nicht nur im Interesse der Bevölkerung des preußischen Staates, sondern im Interesse der ganzen deutschen Nation zu erfüllen hat. Preußen ist nicht nur der größte Bundesstaat, sondern auch der maßgebende. In Preußen herrscht die Reaktion auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, den unheilvollsten Einfluß ausübend auf alle anderen Bundesstaaten und auf die Angelegenheiten des Reiches, auf seine Gesetzgebung, seine Verwaltung. Preußisch ist in Deutschland Trumpf! Preußen ist die Domäne der Partei, die als die festeste Stütze jeglichen reaktionären Regiments und als stärkstes Hemmnis jedes kulturellen Fortschrittes sich erwiesen hat, der Junkerpartei, der es dank der Charakterlosigkeit und Impotenz des Liberalismus gelingen konnte, ihre ansam volksfeindliche und volksausbeuterische Sonderinteressenpolitik zum bösen Schicksal für das ganze deutsche Volk zu machen.

Neben dem junkerlichen Feudalismus wütet in keinem anderen Teile des Reichs der Feudalismus des Industrieherrentums so brutal und gewissenlos gegen die Interessen der Arbeiterklasse, wie in Preußen, mit dessen wirtschaftlicher Bedeutung kein anderer deutscher Staat auch nur entfernt sich messen kann. Preußen ist das Gebiet der meisten wie der größten und heftigsten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Das preußische Unternehmertum, besonders in den großen Industriezentren Rheinlands und Westfalens, ist nicht nur das stärkste, sondern auch der entschiedenste Feind der Arbeiterorganisationen und des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Im Bunde mit den Junkern wollen die Industriefeudalen die Arbeiterklasse knebeln und unterdrücken.

Die ersten beiden preußischen Parteitage haben bereits die Hauptpunkte des reaktionären Systems, dem eine Bevölkerung von 38 Millionen unterworfen ist, erörtert, vor allem das elende Dreiklassenwahlsystem und seine Früchte in Verbindung mit der Frage der Wahlrechtsreform und der Beteiligung an den Landtagswahlen, bezw. der dabei zu beobachtenden Taktik. Großartige Demonstrationen zugunsten des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts fanden im ganzen Lande statt. Das Bedeutsamste aber war, daß es allen Schikanen und aller behördlichen und privaten Wahlmache zum Trotz der preußischen Sozialdemokraten gelang, am 3. bezw. 16. Juni 1908 sieben Landtagsmandate zu erobern. Damit war eine erhebliche Bresche in das gefestigte Bollwerk der Reaktion gelegt. Zwar fielen zunächst vier der Berliner Mandate einem schnöden „rechtlich“ bemäntelten Raub durch die gegnerische Mehrheit des Abgeordnetenhauses zum Opfer; sie wurden unter völlig haltlosen Gründen kassiert, wobei der „Freisinn“ die denkbar erbärmlichste Rolle spielte. Aber bei den Ersatzwahlen gewann die Berliner Sozialdemokratie gegenüber den mit den Konservativen und Nationalliberalen verbündeten „Freisinnigen“ drei dieser Mandate unter starkem Stimmenzuwachs abermals, während das vierte mit nur wenigen Stimmen verloren ging.

Die kleine, von vornherein gleich schwerer Prüfung unterworfene sozialdemokratische Fraktion des Dreiklassenparlaments verdient das Zeugnis, daß sie den von der Partei in sie gesetzten Erwartungen nach Kräften genügt hat; ihre Haltung verdient, alles in allem, nicht den geringsten Tadel, sondern volle Anerkennung. Sie hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, für die Sache des Proletariats und des Volkes zu wirken. Dieses Zeugnis wird ihr gewiß auch die oberste Vertretung der Landesorganisation, der dritte preußische Parteitag, nicht versagen.

Auch dieser Parteitag wird sich, wie schon erwähnt, mit der Wahlrechtsfrage beschäftigen. Es ist das ohne Zweifel die wichtigste Frage, die das Interesse, die Tätigkeit und Opferfreudigkeit der preußischen Parteigenossen in Anspruch nimmt und der zugleich das Interesse der gesamten Partei in Deutschland in stetig wachsendem Maße sich zuwendet. Diese Frage ist in der Tat gar keine spezifisch preußische mehr; sie hat längst den Charakter einer deutschen angenommen. Denn von ihrer Lösung hängt für das ganze Volk außerordentlich viel ab. Im preußischen Dreiklassenwahlsystem, im Dreiklassenparlament und dem ihm angegliederten Herrenhause wurzelt die für das ganze Reich unheilvolle politische Macht der Junkerpartei und ihrer Bundesgenossenschaft. Dieser Parlamentarismus ist der Reichsgesetzgebung, dem Reichstage, ein verhängnisvolles Gegengewicht. Was die reaktionären Gewalten und Parteien im Reichstage nicht erreichen können, dafür schaffen sie im preußischen Abgeordnetenhause und im Herrenhause einen Ausgleich, dessen böse Einwirkungen auf den Reichstag, den Bundesrat und die Parlamente der Einzelstaaten schon oft recht drastisch offenbar geworden sind.

Die Interessen des ganzen Volkes gebieten, daß die preußische Sozialdemokratie nicht rastet, bis Dreiklassenwahlsystem und Junkerkammer gefallen sind, um einem wahren Volksparlament auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts Platz zu machen. Es ist ja ganz natürlich, daß in erster Linie auf diesen Kampf die Kraft der Parteien in Preußen sich zu konzentrieren hat. Ihn zu stärken und zu verallgemeinern, ihn immer mehr zu einer wahren und unwiderstehlichen Volksbewegung auszugestalten, dazu fehlt es unseres Erachtens wahrlich nicht an Mitteln. Diese Mittel werden der Partei von den reaktionären Gewalten und Parteien ja selbst geboten. Ohne Zweifel wird die Wahlrechtspropaganda einen bisher nicht erlebten gewaltigen Umfang mit entsprechender Intensität gewinnen, wenn die „Wahlrechtsreformvorlage“ der Regierung kommt. Und daß sie bald kommt, scheint ja nun außer Zweifel zu stehen. Demnach wird der preußische Parteitag die Vorbereitungen für den weiteren Wahlrechtskampf treffen müssen. Wenn sich ein Zusammengehen mit liberalen Elementen, die gleich der Sozialdemokratie ehrlich eine gründliche Reform anstreben, herbeiführen ließe, so würde das zu begrüßen sein. Es wird sich aber erst zeigen müssen, ob solche Elemente in nennenswerter Stärke vorhanden sind. Dem ehemaligen Blockfreisinn ist in dieser Sache ganz und gar nicht zu trauen. Seine Führer haben seither schon sattsam bewiesen, daß ihnen die Propaganda der Sozialdemokratie gar nicht paßt. Der preußische Parteitag mag diese taktische Frage erwägen. Er wird dabei nicht aus den Augen lassen, daß es in dem Kampfe doch hauptsächlich auf die Sozialdemokratie, auf die Arbeiterklasse ankommt. Bei ihr liegt die Entscheidung. Und diese Entscheidung wird kommen, auch wenn die Masse des liberalen Bürgertums in Unentschlossenheit und Gleichgültigkeit verharren sollte.

Wir entbieten dem preußischen Parteitag herzlichen Gruß und den Wunsch, daß er seine Aufgabe, den Kampf gegen die Reaktion und für des Volkes Recht und Freiheit zu fördern, in vollem Maße genügen möge!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Frage des Großblocks

bringt die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“ noch einen Beitrag; das Blatt läßt sich schreiben:

„Die Idee des Großblocks ist aus der gleichen gefühlsmäßigen, gedanken-unklaren Betrachtung des großen Menschheits-Entwickelungs-Prozesses unserer Tage erwachsen, wie die Fabel von der Mauserung der Sozialdemokratie. Wohin und warum soll sich die Sozialdemokratie mausern? Zu einer extrem links stehenden bürgerlichen Reformpartei, so ist die Hoffnung unklarer bürgerlicher Köpfe. Die Geschichte der sozialistischen Bewegung in allen Ländern lehrt das gerade Gegenteil. Immer und überall hat die Arbeiterbewegung zunächst im Schlepptau einer radikalen Partei gestanden, sobald sie aber zum Verständnis ihrer sozialistischen Eigenart kam, hat sie solche Verbindung gelöst. Nur wer die Mühe scheute, sich über Art und Bedeutung der sozialen Bewegung ein eigenes Urteil zu bilden, kann glauben, daß eine so mächtige und erfolgreiche Bewegung zu ihrem Ausgangspunkte zurückkehrt. Solche Leute sollten aber die Hände von der Politik lassen.

Nur wer die Dinge sieht, wie sie sind, kann hier nicht schaden. Den großen Kampf zwischen Privateigentum und Sozialismus schafft kein frommer Wunsch politischer und sozialer Träumer aus der Welt. Er ist seit Menschenaltern, immer stiller zwar, aber immer energischer in Gang gekommen. In einer großen politischen Partei, in rapide wachsenden kapitalkräftigen Gewerkschaften, in Konsumgenossenschaften mit gewaltigen Umsätzen hat sich die Arbeiterschaft organisiert, von Erfolg zu Erfolg schreitend, warum sollte sie sich „mausern“? . . . Hier heißt es, den Dingen ins Auge schauen und daraus seine Folgerungen ziehen. Privateigentum und Sozialismus sind Gegensätze und werden es immer bleiben. Man wird beiden Seiten nicht gerecht, wenn man die geschichtlichen Notwendigkeiten übersieht, die hier walten. Solange man auf seiten des auf kapitalistischer Grundlage stehenden Teils der Gesellschaft noch an ein Mausern glaubt, in dem Wahne lebt, durch Palliativmittel wie Tarifverträge u. a. den „sozialen Frieden“ finden zu können, solange wird man von Fehler zu Fehler taumeln. Man muß erst einmal begreifen, daß weder Gewalt noch schwächliches Nachgeben dem Sozialismus ein Ende bereiten, oder ihn aus seiner Bahn drängen können. Dann wird man befähigt sein, Maßnahmen zu ergreifen, die einer zu rapiden, einseitigen Entwickelung des Sozialismus bezw. der sozialen Bewegung entgegenwirken. Denn ganz und gar sind wir auf unserer Seite in der Defensive . . .

Aus diesen Erwägungen ergibt sich auch das Urteil über den Großblock. Die Sozialdemokratie wird niemals in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien sich einlassen, wenn darin kein Vorteil für sie, für die soziale Bewegung läge. Diese soziale Bewegung aber geht aus auf die Vernichtung der Gesellschaftsordnung, an deren Bestand und ruhiger geschichtlichen Weiterentwickelung besonders jene Schichten ein Lebensinteresse haben, die durch die Nationalliberalen in den Parlamenten zu Worte kommen. Ein Sicheinlassen mit einem solchen, seiner Natur nach unversöhnlichen Gegner bringt nur Unklarheit über die Gefährlichkeit dieses Gegners in die eigenen Reihen und trägt das Urteil naturwidriger Unvernunft in sich selbst.“

Folgen der Zündholzsteuer.

Der „Segen“ der Zündholzsteuer macht sich immer mehr fühlbar. Die große Zündholzfabrik „Union“ in Augsburg läßt jetzt im Hauptbetrieb in Augsburg und auch in den Filialen in Kempten, Aalen und Habbelschwerdt nur 4½ Tage in der Woche arbeiten, um keine Arbeiterentlassungen vornehmen zu müssen. Weitere Arbeitszeitverkürzungen stehen bevor.

Der Arbeiterausschuß einer Fabrik hat sich bereits an das Reichsschatzamt mit der Bitte gewendet, es möge den Arbeitern der Zündholzindustrie, die durch das Zündwarensteuergesetz geschädigt werden, eine entsprechende Vergütung aus Reichsmitteln gewährt werden.

Die Junker für die Kleinbauern.

Der Bund der Landwirte hat den von ihm sonst überhaupt nicht beachteten kleineren Bauern großes Heil widerfahren lassen. Die Landgemeinden in einigen ostelbischen Kreisen dürfen nämlich statt drei, künftig sechs Deputierte in den Kreistag entsenden und das verdanken sie nur dem Eingreifen des Bundes der Landwirte! In der breitesten Weise schildert die „Deutsche Tageszeitung", wie der Bundesdirektor Herr Hahn seinen ganzen Einfluß aufgeboten hat, um die Regierung zu diesem Zugeständnis zu bewegen. Zum Schluß heißt es:

„Der Bund der Landwirte hat auch schon früher immer die begründeten Wünsche des Kleingrundbesitzers, wenn sie ihm bekannt geworden waren, berücksichtigt und die Erfüllung derselben in geeigneter Weise bei den Behörden betrieben. Von dem in Rede stehenden Wunsch der alten und neuen deutschen Bauern in Posen war bis dahin der Bundesleitung noch nichts bekannt geworden; sobald aber dieser Wunsch ihr verlautbar war, hat sie, wie dargetan, demselben unverzüglich und nachdrücklich Folge gegeben."

In Wahrheit haben sich die Bündler der Bauern erst entsonnen, als ihnen ein Teil derselben durch den Deutschen Bauernbund abspenstig gemacht wurde.

Opfer des Eosins.

Vor einigen Tagen erklärten die Offiziösen auf Grund der auf einem posenschen Gute mit Eosingerste an dreißig Schweinen vorgenommenen Probefütterung, die im Interesse des Agrariertums mit Eosin denaturierte Gerste sei durchaus ungefährlich für Schweine wie für Menschen, denen die schamroten Borstentiere zur Nahrung dienen sollen. Was diese offiziösen Beteuerungen wert sind, lehrt die Zuschrift eines Landwirts, die der „Berl. Morgen-Ztg." aus Ochsenzoll, Bezirk Hamburg, zugegangen ist, und die zugkräftige Belege für die verheerenden Wirkungen des Eosins beibringt. Sie lautet:

Auch ich fühle mich veranlaßt, die Erfahrungen mitzuteilen, die ich mit der Fütterung von eosingefärbter Gerste gemacht habe. Vor zirka drei Wochen fütterte ich zuerst mit der gefärbten Gerste. Gleich darauf merkte ich, daß mein ganzer Viehbestand die Freßlust verlor. Anfangs wußte ich nicht, worauf das zurückzuführen sei, da die Schweine die Gerste sonst am liebsten fressen. Sie nahmen täglich ab, bis schließlich am neunten Tage drei Schweine aus einem Stall von neun Tieren verendeten; am nächsten Tage wieder eins, und an dem darauffolgenden Tag eins aus einem anderen Stall, am nächsten Tage wieder eins. Darauf ließ ich durch einen Schlächter das Tier untersuchen. Sein Gutachten ging dahin, daß zuviel von der Eosingerste gefüttert worden sei. Beweis: Magen und Darm waren übermäßig gerötet: auch verbreiteten sich daraus starke saure Dünste.

Zu bemerken ist noch, daß Leber und Lungen ganz gesund waren. Sämtliche Schweine, die mir eingingen, waren vier bis fünf Monate alt. Von nun an fütterte ich Roggenschrot; und nach Empfang der zweiten Mahlzeit waren sämtliche Schweine wiederhergestellt. Sollte es keine andere Gerste wieder geben, so muß ich mich auf anderes Futter beschränken, da ich fest davon überzeugt bin, daß die gefärbte Gerste daran die Schuld trägt. Noch zu bemerken ist, daß ich seit mehreren Jahren keinen Todesfall unter meinem Viehstand hatte. Wer bezahlt mir den Schaden, den ich auf 300 Mark schätzen darf?! Es werden in unserer Ortschaft 6000 bis 7000 Schweine gemästet, und alle Schweinezüchter klagen über das Eosin. Am schlimmsten aber trifft es die Händler, die den größten Schaden davon haben, da sie nur noch den halben Umsatz erzielen.

Wieder ein Beweis dafür, wie das im Bunde der Landwirte organisierte Agrariertum die Interessen der Bauern wahrnimmt.

Gegen die Fleischteuerung.

Die anhaltende Fleischteuerung in Baden hat den Bezirksverein Baden-Pfalz des deutschen Fleischerverbandes veranlaßt, an die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen eine Eingabe zu richten, in welcher er auf die Tatsache hinweist, daß die Schweinepreise seit Monaten sogar noch höher stehen als im Teuerungsjahre 1906; es wird gebeten, im Interesse der Volksernährung das staatliche Eingreifen nicht länger hintanzuhalten. Das Reich und die Einzelstaaten haben die Einfuhr von Schlachtvieh durch hohe Zölle und durch Sperr-Maßnahmen außerordentlich erschwert. Es ist Pflicht, die inländische Viehzucht energisch zu fördern. Für die Landwirte im Schwarzwald und in der Seegegend würde es einen wirksamen Ansporn zur Ausdehnung der Viehzucht bilden, wenn es den Landwirten ermöglicht würde, das gemästete Vieh zu mäßigen Frachtsätzen auf den Markt zu bringen. — Die Eingabe ersucht nun, die Frachtvergünstigung, die im § 15 der Tarifvorschriften für die Beförderung von Zuchttieren gewährt wird, auch für die Beförderung von Schlachtvieh zu bewilligen, oder evtl. eine Vereinbarung der deutschen Eisenbahn-Verwaltungen über eine angemessene Herabsetzung der Ladung und der Stückfracht für Schlachtvieh herbeizuführen.

Keine Portofreiheit mehr.

Wie aus München gemeldet wird, soll zwischen der bayerischen Staatsregierung und dem Hause Thurn und Taxis ein Vertrag zustande gekommen sein, wonach das Haus auf sein bisheriges Privileg der Portofreiheit verzichtet, das seinen Mitgliedern, den fürstlichen Beamten und Dienststellen eingeräumt war. Dafür soll der Fürst von Thurn und Taxis gewisse Ehrenrechte eingehandelt haben, die ihm am bayerischen Hofe eine bevorzugtere Stellung gewähren als bisher.

Die Wahlrechtsvorlage in Sicht!

Den „Berliner Politischen Nachrichten" zufolge soll in der bevorstehenden Landtagssession der Finanzminister den Etat gleich am Eröffnungstage vorlegen, damit die Generaldebatte bereits in der zweiten Januarwoche beginnen kann. Dadurch soll erheblich an Zeit gespart werden, um noch eine Reihe kleinerer Gesetzesvorlagen erledigen zu können. Sodann wird auf das bestimmteste versichert, daß dem Landtage eine Vorlage zur Änderung des bestehenden Wahlrechts zugehen wird. Die erste Lesung soll entweder zwischen der 2. und 3. Lesung des Etats erfolgen, oder unmittelbar an die 3. Lesung angeschlossen werden.

Dernburgs Hilfe.

An den Beratungen über den Kolonialetat im Reichstag wird diesmal der Gouverneur Freiherr v. Rechenberg teilnehmen. Er hat Ostafrika bereits am 19. Dezember verlassen und dürfte Mitte Januar in Deutschland eintreffen. Freiherr v. Rechenberg ist namentlich von den alldeutschen Blättern in der schärfsten Weise angegriffen worden, weil er sich weigerte, eine Gewaltpolitik gegenüber den Eingeborenen zu betreiben. Als sein Gegner dürfte im Reichstag der Reichsverbandsgeneral v. Liebert auftreten, der einige Jahre als Gouverneur von Ostafrika nicht gerade rühmlich gewirtschaftet hat.

Belgien.

Die Lohnforderung des Königs. Aus Brüssel schreibt man dem „Vorw.": Nach dem Festesrausch des Fürsteneinzugs stellt sich die Prosa einer Rechnung ein. Monarchen kommen und gehen — aber die Zivilliste bleibt. Sie beträgt in Belgien seit Leopold II. 3 300 000 Frank jährlich und wird vom Parlament beim Regierungsantritt des Monarchen für Lebenszeit bestimmt. — Bei der Festsetzung der Zivilliste für Albert I. hat der sozialistische Deputierte Royer in der Kammer eine Betrachtung voll witzigster Dialektik über die Berechtigung der „Lohnforderung" des neuen Regenten angestellt. Denn auch wenn es sich um einen König handelt, meint Royer, darf man füglich von Lohn reden, ohne einer beleidigenden Absicht gezieben zu werden. Jede Entschädigung für eine Müheleistung sei ein Lohn, gleichviel ob sie einem König oder einem Advokaten gilt — eine andere Benennung sei ein Klassenvorurteil. Inwiefern rechtfertigt sich also die Lohnforderung, die die Regierung an das Parlament stellt? fragt Royer. Ist die konstitutionelle Beschäftigung des Königs ungesund, gefährlich und lebenabkürzend, wie die vieler Industriearbeiter? Die Gewerbeinspektoren, meint Royer, werden wohl kaum bei Albert zu intervenieren haben. . . . Wie das Beispiel Leopolds zeigt, haben die Herrscher genügend Muße und erreichen ein hohes Alter. Oder handelt es sich um eine Arbeit, die besondere Fähigkeit erfordert? Sicherlich nicht, sonst würde man sich die Wahl des Geeigneten vorbehalten. Will man aber einwenden, daß das Land doch nur einen König zu erhalten hat und die Summe auf die Gesamtheit der Staatsbürger entfällt, so ist darauf zu erwidern, daß diese Summe mehr als ein Prozent der gesamten Steuern ausmacht. Rechnet man die Arbeiterfamilie zu fünf Köpfen, so entfällt auf diese ein Beitrag von 2,50 Fr. für die Zivilliste, so daß nach den belgischen Lohnverhältnissen jeder Familienvater in Belgien jedes Jahr ungefähr einen Tag für den König zu arbeiten hat. — Was die Überlassung der Schlösser und sonstigen Güter an den neuen König betrifft, so sei dies unzulässig in einem Lande, in dem Tausende von Arbeiterfamilien bloß über ein Zimmer, oft nur über einen Kellerraum oder eine Mansarde verfügen. Allenfalls wäre es gerechter und vernünftiger, einen von diesen Grundbesitzen für ein Tuberkulosenheim für Frauen zu adoptieren. Gleichgültig sei es auch, ob der König am Ende einen Teil seines Einkommens den Armen zuwenden wird. Mit dieser Verweisung auf des Königs Bettelpfennige zahlt das Land nicht seine Schuld an die kranken und arbeitslosen Proletarier. Schließlich aber findet Royer, im Vergleich mit den Zivillisten der anderen Kleinstaaten und der französischen Republik die Forderung für das kleine Belgien zu hoch. Aber uns bleibt, so schließt er, auch nach Ihrem Beschlusse eine Korrektur seiner lebenslänglichen Wirksamkeit möglich und das ist unser Trost: die Revision der Verfassung, die demokratische und soziale Republik. Aber nur die 29 Sozialisten stimmten für dieses republikanische Bekenntnis. Hundert Stimmen aller bürgerlichen Parteien weihten den neuen dynastischen Frühling mit dem Millionenopfer ein.

Frankreich.

Auch ein Sieg des „Genossen" Briand. In der französischen Deputiertenkammer erklärte auf einen sozialistischen Antrag Compere-Morels, der die Kammer zu einer Resolution zugunsten der Wiederanstellung eines wegen seiner Propaganda für die Beamtensyndikate entlassenen Postunterbeamten veranlassen will, Ministerpräsident Briand: Die Freiheit der Beamten muß beschränkt werden aus Gründen der Autorität, die ihnen selbst gegeben ist. Wie ich bereits vor einem Monat gesagt habe, ist es nicht Sache der Kammer, Beamte wieder einzusetzen, und ein Votum dieser Art würde ein Mißtrauensvotum bedeuten. Keine Regierung würde die vorgeschlagene Resolution annehmen können, ohne darüber zu Fall zu kommen. Eine solche Maßnahme gehöre nicht zu den Vorrechten der Kammer, und die Wähler wären im Recht, wenn sie wegen eines solchen Versuchs der Kammer den Vorwurf der Anarchie machen würden. Die Kammer lehnte darauf die Resolution Compere-Morel mit 343 gegen 114 Stimmen ab. — So muß man dem Bürgertum kommen und immer feste auf die Interessen der Arbeiter und Beamten herunterhauen. Dann kann das Ministerium Briand noch lange leben.

Jaures gegen den Minister des Äußeren. In der Deputiertenkammer wurde dieser Tage u. a. über die Frage der äthiopischen Eisenbahnen beraten. Billebois-Mareuil (k.) und Jaures (Soz.) erhoben gegen Pichon den Vorwurf, er habe im vergangenen März erklärt, daß der Vertrag zwischen der französischen und der äthiopischen Regierung über die Eisenbahnzession für eine neue französisch-italienische Gesellschaft abgeschlossen sei. Dennoch sei es nicht zum Abschluß des Vertrages gekommen, da die äthiopische Regierung schließlich das Verlangen gestellt habe, diese Gesellschaft solle einen neuen Vertrag unterzeichnen, der den auf äthiopischem Gebiet belegenen Teil der Bahn der Kontrolle des französischen Staates entziehen sollte. Jaures warf Pichon in heftigen Worten vor, er habe die Zinsgarantie des Staates bestehen lassen und jede Kontrolle unmöglich gemacht. Zudem sei dies der Kammer verheimlicht worden, eine Tatsache, die für das parlamentarische Leben von schwerwiegender Bedeutung sei. Pichon legte gegen die Vorwürfe Jaures Verwahrung ein und sagte, daß er die Kammer von dem Tatbestand unterrichten werde. Jaures beklagte sich weiter darüber, daß Pichon der Kammer nicht gesagt habe, daß er von seinen Beauftragten getäuscht worden sei. Er werde den Minister darüber interpellieren, ein Tadelsvotum gegen Pichon einbringen. Auf die Ausführungen des Abgeordneten Jaures erwiderte der Minister für die Kolonien, Trouillet. Minister des Auswärtigen, Pichon, versicherte dann, die von ihm seinerzeit im Parlament abgegebenen Erklärungen seien begründet gewesen, hätten aber nicht in das Spiel derer gepaßt, die aus unlauteren Gründen Gegner des Vertrages seien, und die geglaubt hätten, der Vertrag werde nicht genehmigt werden. Die Kontrolle des französischen Staates über die äthiopische Eisenbahn sei so vollständig wie möglich. Die Regierung sei bereit, die Organisation der Kontrolle in die Hände der Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu legen. Hierauf lehnte die Kammer Jaures Tadelsvotum mit 435 gegen 81 Stimmen ab und nahm mit 435 gegen 54 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt werden. Darauf erklärte der Ministerpräsident die Tagung des Parlaments für geschlossen.

Rußland.

Lockspitzelei und Gewerkschaften. Die Ironie der Geschichte wollte es, daß an demselben Tage, wo die Kadetten eine Interpellation über die Explosion in der Astrachanstraße in der Duma einbrachten, auch über eine sozialdemokratische Interpellation verhandelt wurde, der ein offiziell bestätigter Fall von Provokation zugrunde gelegt wurde. Im Juli 1908 hatte die Administration die Gewerkschaft der Arbeiter der Donez-Charkowschen Metallurgischen Werke geschlossen, weil die Polizei in der Wohnung des Vorstandsmitgliedes Tokareff Sprengstoffe und Bomben gefunden hatte. Am 18. Dezember v. Js. fand die Sitzung des temporären Kriegsgerichtes in Jekaterinoslaw in dieser Angelegenheit statt. Das Kriegsgericht stellte fest, daß die genannten Sprengstoffe und Bomben von dem Agenten der Geheimpolizei, Chorolski, ohne Wissen und Willen des Angeklagten, am 29. Juni 1908 in dessen Wohnung geschafft worden waren, wo sie nach zwei bis drei Stunden von der eingetroffenen Polizei offen auf dem Tische gefunden wurden. Das Kriegsgericht sah sich bei dieser Sachlage genötigt, den Angeklagten Tokareff freizusprechen — nachdem er vollkommen unschuldig 2½ Jahre im Kerker geschmachtet hatte und die Gewerkschaft infolge seines Prozesses aufgelöst worden war. Unsere Genossen geißelten bei der Begründung der Interpellation die lügnerischen Behauptungen Stolypins und seiner Gehilfen Makarow und Kurlow, wie die ganze von provokatorischem Geiste erfüllte Gewerkschaftspolitik der Regierung. Besonders wirkungsvoll waren die Worte unseres Genossen Kusnetzow, daß die Mitglieder der Duma nicht sicher sein können, ob der Vertreter des Ministeriums des Innern, wenn er in der Duma erscheint, um Erklärungen abzugeben, nicht eine Bombe in der Tasche hat, die zufällig explodieren und so die Duma vernichten kann. Die Linke begrüßte diese Worte mit donnerndem Applaus, während selbst die Skandalisten a la Panischkewitsch sprachlos dasaßen.

Griechenland.

Die Lage wird wieder ernster. Die Athener Garnison war während der beiden letzten Tage unter Waffen. Alles deutet auf sehr ernste Ereignisse hin. Der Militärverband beschloß, energisch in die legislative Tätigkeit der Kammer einzugreifen. Zorbas richtete ein Schreiben an Theotokis, Rhallis und den Ministerpräsidenten Mavromichalis, in dem er die Parteien auffordert, 27 Gesetzentwürfe, die von der Bevölkerung und vom Militärverband gewünscht werden, zu erledigen und eventuell die griechischen Feiertage bis Neujahr durchzutagen, sonst werde die Opposition, an der Spitze Theotokis und seine Anhänger, die Verantwortung für die schweren Folgen tragen müssen. Der Militärverband verlangte ferner die Demission des Ministers des Innern. Die Regierung verweigerte diese zunächst, schließlich gab der Minister selbst seine Entlassung, die der König annahm.

Türkei.

Die Zukunft. Die jungtürkische Partei, die mit Hilfe der ihr treu ergebenen Truppen der europäischen Provinzen im April die Konterrevolution so schnell niederwarf, ist voller Besorgnisse über die nächste Zukunft des Reiches. Ihr bangt vor inneren und äußeren Gefahren. In einer sehr instruktiven Korrespondenz unseres Wiener Bruderblattes wird dargelegt, welche Schwierigkeiten sich gegen das Werk der Reorganisation der Türkei auftürmen. Da sind zunächst die Kapitulationen, die Verträge mit den verschiedenen europäischen Staaten, die sowohl die Souveränität der Türkei beeinträchtigen, als ihr auch finanziellen Schaden bringen. Dazu kommt die allgemeine Gefahr, die vom Ausland droht. Darum die tiefe Aufregung über die Kretafrage, über die Machenschaften der Bulgaren in Mazedonien, über den Vertrag, der die Flußschiffahrt in Mesopotamien den Engländern ausliefert. Die Gefahr von außen ist um so größer, als Ereignisse im Innern leicht zum Vorwand einer Intervention genommen werden könnten. Wenn sich etwa die Konter-Revolution abermals erheben würde, mit verstärkter Gewalt, so daß sie nicht sofort zu bändigen wäre? Das gäbe den lang erwarteten Anlaß, der Türkei ein Protektorat der „Mächte" als Vorbereitung zur schließlichen Teilung aufzudrängen. Nun arbeiten die Reaktionäre sicherlich auf eine neue Erhebung hin, besonders in Konstantinopel. Neulich sind wieder einige geistliche Personen verhaftet worden, weil sie Flugblätter unter den Mohammedanern zu verbreiten versuchten, in denen diese aufgefordert wurden, sich gegen die neue Ordnung im Osmanischen Reiche zu erheben. Außerdem dringen die Softas und in letzter Zeit auch verschiedene Frauen als Agenten der Reaktion trotz starker Bewachung in die Kasernen ein, um unter den Soldaten ihre verderblichen Ideen zu propagieren. Konstantinopel ist das Hauptquartier der Reaktionäre, weil sich hier die Massen befinden, unter denen die Reaktionäre ihre Anhänger werben. Es ist ja bekannt, daß ein ziemlich großer Teil der

Residenzeinwohner unter Abdul Hamid als Beamte ohne Arbeit und mit Gehalt und besonders als Spitzel tätig waren. Jetzt aber müssen sie, wenn sie nicht Hungers sterben wollen, wirklich arbeiten; da sie aber hieran nicht gewöhnt sind, so treten sie natürlich als erbitterte Feinde des neuen Regimes auf. Die Schwierigkeiten sind um so größer, als es den Jungtürken an zuverlässigen Personen mangelt, um überall ihren Einfluß auszuüben und das Volk für sich zu gewinnen. Die Revolution war das Werk eines engen Kreises und hatte ebensowenig gemein mit den Volksmassen wie die Leiter der Revolution selbst, die ihre Losungen aus Paris und Ägypten ausgehen ließen. Das Volk, ihr eigenes Volk mit seinen Interessen, war ihnen ganz fremd, sie hatten nicht den festen Grund, auf dem eine aus dem Leben der Massen hervorwachsende Partei ruht. So ist der innere Zerfall, der an der Partei für „Einheit und Fortschritt" immer sichtbarer wird, begreiflich. Einst meinte man, mit dem Sturze der Tyrannei Abdul Hamids und der Einberufung des Parlaments sei die Türkei gerettet. Nun stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Regeneration der Türkei langer und schwerer Arbeit bedarf, und daß stets die Gefahr besteht, daß das mühevoll Geschaffene plötzlich wieder zerstört wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 3. Januar.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

zahlen.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Die Vortragskurse für Arbeiter nehmen morgen abend im Vereinshaus ihren Anfang. Der erste Vortrag behandelt die materialistische Geschichtsauffassung sowie die tauschlose Bedarfswirtschaft. Jeder Arbeiter, der sich fortbilden will, muß die Vortragsabende, die jeden Dienstag und Freitag stattfinden, besuchen. Eintrittskarten sind im Parteisekretariat, beim Genossen Radden und am Eingang des Saales zu haben.

Die Anstellung eines Hafeninspektors sowie die Errichtung einer ärztlicher Leitung unterstellten Unfallstation, die telephonisch mit Meldestellen verbunden ist, haben die Hafenarbeiter wiederholt gefordert. Demnächst wird sich die Bürgerschaft mit einem entsprechenden Antrag des Genossen Stelling zu beschäftigen haben. Auch die Handelskammer ist der Frage näher getreten. In ihrem Berichte sagt sie darüber: Infolge einer Anregung der Lagereiberufsgenossenschaft hatte sich die Handelskammer mit der Frage der Errichtung einer Hafeninspektion im hiesigen Hafen zu beschäftigen. Während in anderen größeren Häfen Hafeninspektoren angestellt sind, die analog den Fabrikinspektoren die Arbeitsverhältnisse auf allen Gebieten des Hafenverkehrs zu überwachen und da, wo erforderlich, Verbesserungen herbeizuführen haben, fehlt in Lübeck bisher eine entsprechende Instanz. Die Handelskammer ist nach näherer Prüfung zu der Überzeugung gelangt, daß es sich im Interesse der Unfallverhütung empfiehlt, die hier bestehende Lücke unter Anlehnung an die Bestimmungen über die Fabrikinspektionen auszufüllen und einen Hafeninspektor anzustellen, dem die Fürsorge für den Schutz der Hafenarbeiter gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit zu übertragen ist. Die Handelskammer hat daher dem Senat entsprechende Anträge unterbreitet, jedoch zugleich gebeten, vor Anstellung des Beamten gutachtlich gehört zu werden. — Bei der sonst aus dem Bericht der Handelskammer hervorleuchtenden sozialpolitischen Rückständigkeit ist schwerlich anzunehmen, daß die von ihr befürwortete Hafeninspektion wirksam sein wird und den Wünschen der Arbeiter entspricht. Wie die Hafenarbeiter diese Inspektion verlangen, wird von sozialdemokratischer Seite in der Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht werden.

Die Lübecker Handelskammer über das Wirtschaftsjahr 1909. Dem Jahresbericht der Handelskammer entnehmen wir folgende Angaben: Das Jahr 1909 hat die von ihm erhoffte Wiederbelebung des seit dem Herbst 1907 darniederliegenden internationalen Wirtschaftslebens erst spät und daher im ganzen nur in bescheidenem Maße gebracht. Namentlich stand die erste Hälfte des Jahres noch ganz unter dem Eindruck des wirtschaftlichen Rückganges; ja, es hatte den Anschein, als ob gewisse Zweige des Erwerbslebens erst in diesem Zeitraum den tiefsten Stand der Konjunktur erreichten. In den führenden Industrie- und Handelsstaaten setzten die Eisenbahneinnahmen und die Ziffern des Außenhandels ihre rückläufige Bewegung fort; auch die Nachrichten über den Geschäftsgang der deutschen und amerikanischen Montanindustrie lauteten nach wie vor recht unbefriedigend. Während auf fast allen Gebieten wirtschaftlicher Arbeit ein Mangel an Unternehmungslust lastete, verfügte der Geldmarkt über eine Fülle flüssiger Mittel und wäre somit an und für sich wohl fähig gewesen, neue industrielle Betätigung anzuregen.

Die Ursachen der trotzdem anhaltenden Spannung des Wirtschaftslebens waren vornehmlich politischer Art. In den Vereinigten Staaten von Amerika war es nach dem auch vom Kontinent mit großen Erwartungen verfolgten Präsidentenwechsel die Ungewißheit über den Ausgang der amerikanischen Zolltarifrevision, die den geschäftlichen Verkehr weiter lähmte. In Europa hat die Balkan-Frage, besonders der zeitweilig drohende Ausbruch ernstester Verwickelungen im Orient, monatelang die Wiederbelebung der Konjunktur gehemmt. Auch sonst hat es nicht an Gründen politischer Beunruhigung der Weltwirtschaft gefehlt. In Deutschland war auch die innerpolitische Lage im ersten Halbjahr nicht dazu angetan, das gewerbliche Leben zu neuer Entfaltung zu bringen.

Trotz der wenig befriedigenden Art ihre Zustandekommens machte die Ordnung der Reichsfinanzen immerhin der auf allen Zweigen des geschäftlichen Verkehrs lastenden Ungewißheit ein Ende, so daß sich unter dem Einfluß der friedlichen Gestaltung der internationalen politischen Lage, sowie infolge der guten Ernteaussichten und des leichten Geldstandes in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres, wenn auch nur langsam und zögernd, die Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens anbahnen konnte. Sofern nicht alle Anzeichen trügen, darf insbesondere der Herbst 1909 als der Ausgangspunkt einer neuen Belebung des wirtschaftlichen Verkehrs angesehen werden. Dafür sprechen zunächst, abgesehen von vorübergehenden Diskonterhöhungen in Berlin, London und Neuyork, die Zahlen des deutschen Außenhandels, der in den ersten 11 Monaten im Verhältnis zu dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine im wesentlichen erst im August einsetzende Steigerung der Einfuhr um 8,2 Proz. und der Ausfuhr um 4,7 Proz. aufweist sowie die Verkehrsergebnisse der deutschen Eisenbahnen, deren Einnahmen aus dem Güterverkehr in demselben Zeitraum gegen das Vorjahr um 5 Proz. gestiegen sind. Auch auf dem Arbeitsmarkte, den bis zum Herbst noch in allen Monaten ein überreiches Angebot von Kräften kennzeichnete, war im September zum ersten Male eine Erleichterung festzustellen. Sowohl im Baugewerbe wie auch in der Roheisen- und in der Textilindustrie steigerte sich der Beschäftigungsgrad merklich, während er dagegen im Bergbau und in der weiterverarbeitenden Eisenindustrie noch wenig befriedigend war.

Am Jahresschluß sieht man auf fast allen Gebieten von Handel und Industrie dem Jahre 1910 mit Zuversicht entgegen, und in der Tat scheinen im allgemeinen, falls nicht die weltpolitische Lage unvorhergesehene Überraschungen erfährt, die wirtschaftlichen Vorbedingungen für eine aufsteigende Konjunktur gegeben zu sein. Indessen mangelt es andererseits auch nicht an Erscheinungen — wie z. B. die Schutzzollbewegung in Großbritannien und insbesondere auch die Wirkungen der Reichsfinanzreform —, deren künftige Entwickelung und deren Einfluß auf das allgemeine Wirtschaftsleben noch in keiner Weise zu übersehen sind.

Die Entwickelung von Lübecks Handel, Industrie und Schiffahrt hat im allgemeinen die gleiche Belebung, wenigstens seit dem Herbst, wie die allgemeine Wirtschaftslage überhaupt, erfahren, wenn auch in einigen Geschäftszweigen die ungünstige Konjunktur noch nicht völlig überwunden zu sein scheint.

In dem Bericht wird weiter ausgeführt, daß der schwedische Generalstreik auf Handel und Schiffahrt hemmend einwirkte und manche Geschäftszweige geradezu lahm legte. Sonst ist der Verkehr mit den nordischen Ländern, die für Lübeck hauptsächlich in Betracht kommen, ziemlich normal verlaufen.

Auf verschiedene Teile des Jahresberichts, die besonders zeigen, wie reaktionär und arbeiterfeindlich die Lübecker Handelskammer namentlich auf sozialpolitischem Gebiet ist, kommen wir noch zurück.

Die Silvesternacht brachte wieder den üblichen Trubel in den Hauptstraßen der Stadt, der bis zum frühen Morgen währte. Es wurde auch allerhand Ulk und Unfug getrieben, doch nahm man das nicht so genau. Die meisten größeren Wirtschaften waren stark frequentiert. Im Vereinshaus hielt der Sozialdemokratische Verein unter sehr zahlreicher Beteiligung der Lübecker Arbeiterschaft seine Silvesterfeier ab, die einen ausgezeichneten, fröhlichen Verlauf nahm. Kurz vor 12 Uhr hielt der Genosse Mehrlein eine kernige Ansprache. Während es so im Arbeiterheim fidel aber anständig zuging, kam es, wie uns mitgeteilt wird, in verschiedenen sogenannten „besseren" Lokalen zu gröberen Exzessen, die wohl in der Hauptsache auf den reichlichen Alkoholgenuß der daran beteiligten „gebildeten" Leute zurückgeführt werden müssen.

Verurteilter ungetreuer Sparklubkassierer. Das Schöffengericht verhandelte in seiner letzten Sitzung gegen den Gartenarbeiter Spi., der als Kassierer eines von Arbeitern gebildeten Sparklubs mehr als 1100 Mk. unterschlagen hat. Die Mitglieder des Klubs, die von den gesparten Geldern ihren Lieben eine Weihnachtsfreude machen wollten, wurden teilweise um verhältnismäßig recht hohe Beträge geschädigt. Das Gericht erkannte in Anbetracht der gemeinen Handlungsweise des Angeklagten auf zehn Monate Gefängnis.

Handelsregister. Am 31. Dezember 1909 ist eingetragen: 1. bei der Firma C. Hagedorn in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma H. F. Meiners in Lübeck. Jetziger Inhaber: Spediteur J. H. Felix Wolf in Leipzig. Dem Ch. Kassel in Lübeck ist Prokura erteilt. Der Übergang der im bisherigen Geschäftsbetriebe begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Erwerber des Geschäfts, Wolf, ist ausgeschlossen.

Gesunken ist gestern nacht in der Trave bei der Drehbrücke der Herrn Johannsen gehörige kleine Schleppdampfer „Carl". Heute wurde versucht, den Schlepper mittelst des Schwimmkranes der Werft zu heben. Zahlreiches Publikum schaute den Hebearbeiten zu.

pb. **Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Trestenici in Böhmen, der seitens der herzoglichen Staatsanwaltschaft in Braunschweig wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am Freitag, dem 31. vor. Mts., zwischen 4 und 5½ Uhr nachmittags wurde in Siems ein Fahrrad Marke „Elite" mit schwarzem Rahmen, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse, nach oben gebogener Lenkstange, der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 1317 und der Fabriknummer 321 099 gestohlen.

Kaiser-Panorama. Wir verfehlen nicht, an dieser Stelle auf die z. Z. im Panorama ausgestellte Serie: „Eine Wanderung durch das Oetzthal" empfehlend hinzuweisen. Die Oetztaler Alpen bilden das Herz von Tirol. Bei Deut, dem schön gelegenen Dörfchen am Fuße der Wildspitze, teilt sich das Ventertal in das Schiegeltal links und in das Rosental rechts. Durch das Rosental steigt nun die Hauptmasse der Touristen hinauf, übernachtet im Hochjochhospiz am Rande des großen Hochjochgletschers und wandert am nächsten Tage über das Hochjoch nach Kurzwas im Schnalstal hinüber. Die Wanderung über den Gletscher ist ganz gefahrlos, denn die Firnfläche ist nur ganz wenig geneigt und so spaltenlos, daß man auch im Schlitten bis zur Jochhöhe hinauffährt. Auf dem Joch (2885 m) selbst ist gleichfalls eine Unterkunft, das Wirtshaus zur schönen Aussicht. Wer vorgenannte Naturschönheiten kennen lernen will, besuche in dieser Woche das Panorama.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Dienstag, ist Shakespeares Tragödie „Othello, der Mohr von Venedig" wieder angesetzt. — In Vorbereitung für den Monat Januar befindet sich in der Oper Wagners „Siegfried" und Bizets „Carmen" sowie im Schauspiel Shakespeares „König Lear" mit Herrn Brunow in der Titelrolle, ferner die Lustspiel-Novität „Die Liebe wacht" von Caillavet und de Flers, und die Schauspiel-Novität „Der deutsche König" von Ernst von Wildenbruch.

Hamburg. Aus der Bürgerschaft. Die Bürgerschaft brachte in ihrer letzten Sitzung die Beratungen gegen die Schmutz- und Schundliteratur zu Ende. Sie hatten vier Sitzungen in Anspruch genommen. Die verschiedenartigsten Anträge lagen vor, um der Polizei das Recht zu geben, gegen das Auslegen solcher anstößiger Schriften, Abbildungen und Darstellungen in Schaufenstern einzuschreiten. Aber bei näherer Prüfung zeigte sich stets, daß der Erlaß eines solchen Landesgesetzes ohne Kollision mit dem Reichsrecht nicht möglich ist. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der sich an die Reichsgesetzgebung wendet. Es soll der Senat ersucht werden, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß zum Zwecke eines besseren Schutzes der Jugend die Bestimmungen der §§ 184 und 184 a und b des Strafgesetzbuches und die §§ 56,12 und 48 a der Reichsgewerbeordnung ergänzt und entsprechend erweitert werden. Mit Recht wurde dagegen eingewandt, daß ohne nähere Angabe dessen, was man eigentlich wolle, der Senat wohl kaum in der Lage sein werde, bei der Reichsregierung Anträge zu stellen, und daß dieser ganze Verstoß die Gefahr neuer Kämpfe heraufbeschwöre, wie sie im Jahre 1900 um die Lex Heinze geführt worden seien. Aber die Mehrheit wollte diese Verhandlungen doch nicht ohne irgend ein Ergebnis ausklingen lassen, und so wurde mit 80 gegen 40 Stimmen der erwähnte Antrag angenommen. Einstimmig wurde dagegen ein Antrag angenommen, der den Senat ersucht, veranlassen zu wollen, daß die schulpflichtige Jugend und deren Eltern bei jeder geeigneten Gelegenheit vor der Schmutz- und Schundliteratur eindringlich gewarnt werden, daß der Jugend von seiten der Schulen gute Bücher in reichlichem Maße zur Verfügung gestellt werden, und daß die Schulbibliotheken mit den hierfür erforderlichen Mitteln versehen werden, daß die privaten Bestrebungen zur Verbreitung guter Literatur unter der Jugend in jeder Weise, namentlich durch Gewährung öffentlicher Räume und durch Geldhilfe gefördert werden. Man hofft auf diese Weise etwas gegen die Schmutz- und Schundliteratur erreichen zu können.

Neumünster. Stadtverordnetenwahl. Der frühere Stadtverordnete Timm, der bei der letzten Wahl unterlag, wurde am Donnerstag mit 854 Stimmen wieder zum Stadtverordneten gewählt. Der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Lienau, erhielt 763 Stimmen. — Entsetzlicher Unglücksfall. Der dreijährige Sohn des Meiereibesitzers Schleef in Wittorf fiel in einen Behälter mit kochend heißem Wasser. Das Kind wurde schrecklich verbrüht und ist an den Folgen der Verletzung gestorben.

Kiel. Tödlicher Unglücksfall. Der 25jährige Klempnergeselle Liemer hat Freitag mittag einen jähen Tod gefunden. L. war auf dem Dach des Hauses Reventlow-Allee Nr. 2 beschäftigt und stürzte infolge Glätte ab. L. fiel sehr unglücklich, verwickelte sich zuerst im Fallen mit der Telephonleitung und stürzte dann mit dem Kopf auf das Straßenpflaster. Der junge Mann war schon verschieden, als ärztliche Hilfe eintraf.

Itzehoe. Vier schwere Einbrecher aus Hannover, der Händler Karl Weinreich, der Händler Karl Rosen, der Arbeiter Ludwig Rose und der Arbeiter August Kretzer wurden heute morgen auf dem hiesigen Bahnhofe aus dem Zuge heraus verhaftet. Die Diebe waren mit geladenen Revolvern und Dolchmessern bewaffnet. Man fand bei ihnen verschiedene Einbruchswerkzeuge sowie einen Strumpf mit Gold- und Silbergeld im Betrage von mehr als 1000 Mark, ferner verschiedene Zinskupons für aus- und inländische Papiere. Es wird ihnen u. a. auch ein in Lägerdorf verübter Geldschrankeinbruch zur Last gelegt, bei dem über 700 Mk. gestohlen wurden.

Cuxhaven. Ein Elbfeuerschiff gesunken. Der ausgehende, nach Ostasien bestimmte Dampfer „Patricia" überrannte gestern nachmittag im Nebel das fünfte Elbe-Feuerschiff. Letzteres ist gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

Bremen. Sozialdemokratischer Gemeindewahlsieg. An den im Dezember stattgefundenen Gemeindeausschußwahlen im bremischen Landgebiet beteiligte sich die Sozialdemokratie allgemein zu ersten Male. Von den 41 zur Wahl stehenden Mandaten wurden 18 erobert und drei mit Erfolg verteidigt. Damit ist die Sozialdemokratie in 10 von den 15 Landgemeindeausschüssen eingedrungen und hat von den 84 Sitzen der zweiten Klasse 30 mit ihren Vertretern besetzt.

Bremen. Sturmflut im Bremer Hafen. Eine durch den schweren Nordweststurm am Mittwoch verursachte Sturmflut hat im Bremer Industriehafen beträchtlichen Schaden angerichtet. Dämme und Deiche wurden durchbrochen und die ganze im Bau befindliche Kanalschleusenanlage vernichtet. Eiserne Brücken, Krananlagen und große Lokomobilen wurden von den Fluten fortgeschwemmt. Die 400 Arbeiter, die in der Schleusenanlage beschäftigt waren, konnten sich nur durch schleunigste Flucht unter Zurücklassung aller Arbeitsgeräte retten. Die ganze Anlage wurde in wenigen Minuten unter Wasser gesetzt. Die 400 Arbeiter sind durch die Katastrophe brotlos geworden. Der Schaden wird auf etwa 500 000 Mk. geschätzt. In der „Weserztg." wird über die Katastrophe noch berichtet: Der Wassereinbruch in das Baugelände des Industrie- und Handelshafens stellt sich als eine ähnliche Katastrophe dar, wie sie seinerzeit auch über die Wehr- und Schleusenanlage bei Hemelingen hereingebrochen war. Es wird einer längeren, zeitraubenden Arbeit bedürfen, um die verschiedenen überfluteten Baustellen wieder in ihren vorherigen Zustand zu versetzen und eine ganze Anzahl von Maschinen, die von dem Wasserstrudel mit fortgerissen oder auch nur überflutet worden sind, wieder gebrauchsfähig zu machen. Dahingegen werden die Beschädigungen oder Zerstörungen an den bereits fertiggestellten Bauteilen höchstens ganz geringfügiger Art sein, wenn überhaupt solche eingetreten sind. Das einströmende Wasser füllte die 12 Meter tiefe Baugrube, als gegen 5 Uhr nachmittags der Damm an einer Stelle plötzlich wich, in wenigen Minuten, während deren sich jedoch sämtliche dort beschäftigten Arbeiter vor der ihnen drohenden ernsten Gefahr in Sicherheit zu bringen vermochten. Der größte Teil des Schadens dürfte auf die hierbei im Stich gelassenen Arbeitsgeräte, elektrischen und mit Dampf betriebenen Grundwasserpumpen, die neben einigen Dampframmen in größerer Zahl überflutet worden sind, entfallen. Irgendwelches Verschulden liegt nach der Ansicht der Sachverständigen auf keiner Seite vor, da der hohen Sturmflut durch die schon erwähnte ungewöhnliche grobe Dünung eine außerordentlich gefährliche, zerstörende Kraft gegeben worden ist. Bei der Regelung des vom Staate und der bauausführenden Firma zu Teilen zu tragenden Schadens kann dieser deshalb wohl nur auf höhere Gewalt zurückgeführt werden.

Spielplan der vereinigten Stadttheater
vom 4. bis 9. Januar.

Neues Stadttheater. Dienstag, 4. Januar: „Othello, der Mohr von Venedig", Tragödie von Shakespeare. Mittwoch, 5. Januar: „Don Carlos", Dramat. Gedicht von Schiller. Donnerstag, 6. Januar: „Die Hugenotten", Große Oper von Meyerbeer. Freitag, 7. Januar: „Die kleine Prinzessin", Operette von Bela von Ujj. Sonnabend, 8. Januar: „König Lear", Tragödie von Shakespeare. Sonntag, 9. Januar, nachmittags 3 Uhr: Zum letzten Male: „Schneewittchen", Märchen mit Ballett. Abends 7 Uhr: „Lohengrin", Große Oper von Wagner.

Stadthallen-Theater: Donnerstag, 6. Januar: „Dorf und Stadt", Schauspiel von Ch. Birch-Pfeiffer. Sonntag, 9. Januar: „Ein idealer Gatte", Lustspiel von Oskar Wilde.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Am 31. Dezember, 7¾ Uhr abends, entschlief sanft und ruhig nach langem schweren Leiden in ihrem 51. Lebensjahre meine liebe Frau und unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter Großmutter und Schwester

Anna Schellhas, geb. Senftleber,

aufs tiefste betrauert und schmerzlich vermißt von allen, die ihr nahe standen. — Lübeck, Schwartauer Allee 115.

Conrad Schellhas. Franz Schellhas u. Frau, geb. Bold. **Anton Senftleber** und Frau, Mannheim.

Beerdigung Dienstag 2¾ Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus.

Danksagung!

Für bewiesene Teilnahme u. zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit allen, die ihr Beileid bezeugten, sowie Herrn Pastor Tegtmeyer für die trostreichen Worte am Sarge und besonders dem Deutschen Transportarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank.

Marie Wichmann, geb. Kassow.

Gesucht ein junges **Mädchen** bei familiärer Stellung in kleinem Hausstand.

Ackermann, Langer Lohberg 34.

2-Zimmerwohnungen zu verm.

Fahrenkrug, Kottwitzstr. 15.

Eine **Dreistubenwohnung** zu vermieten.

Schwartauer Allee 201.

Gesucht sofort eine helle, trockene **Parterre-Zweistubenwohnung** von alleinstehend. Person. Nähe Engels- und Fischergrube. Off. u. **K 14** an die Exp. d. Bl.

Eine eiserne Stange zum Stubbenroden zu verkaufen

C. Jürgens,
Schwartau-Kaltenhof 22.

Ein gut erhaltenes Fahrrad und eine silberne Damenuhr billig zu verkaufen. Näheres

Reiferstraße 39 a, I.

Eine neue Hobelbank zu verkaufen

Cronsforder Allee 89, L, I.

Zu verkaufen ein Haus mit Einfahrt bei geringer Anzahlung. Käufer wohnt frei. Näheres

Westhofstraße 57.

Sofort oder zum 1. April eine Zweistubenwohnung mit Waschküche zu vermiet. Pr. 180 Mk. Elswigstr. 9.

Gebr. sehr gut nähende Trittnähmaschine (Opel) billig abzugeben

Schwartauer Allee 99.

Zu kaufen gesucht 1 eint. Kleiderschrank, 1 Waschtisch u. 1 Kommode. Ang. u. **C 5** an die Exp. d. Bl.

Zu kaufen gesucht gebrauchte Zigarrenpressen.

Ang. u. **K L** an die Exp. d. Bl.

Zu kaufen gesucht ein altes Sofa zum Aufpolstern.

Ang. u **Z C 2** an die Exp.

Eine alte Hobelbank zu kaufen gesucht Krähenstraße 12.

Zu pachten gesucht auf dem Lande eine kleine gutgehende Bäckerei.

Angeb. unt. **G F U** a. d. Exp.

Federn werden gekräuselt, gefärbt und gereinigt.

Emma Rieckermann Wwe.,
Eisengrube 2, II.

Bau- und Kunstschlosserei, Reparaturen sämtl. Maschinen.

C. Wiechert, Schlossermeister,
Hundestr. 70. Fernruf 2270.

Mache meiner Kundschaft hierdurch bekannt, daß ich jetzt in **Stockelsdorf** wohne.

Frau **Schröder,** Plätterin.

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.45** Mk.

Händler

erzielen grossen Verdienst durch den Vertrieb von frei verkäuflichen Artikeln, als Mottentafeln, Insektenmitteln, Hustenbonbon, Blumendünger, Fleckstiften, Pfefferminzküchelchen, Vanille, Tee, Kakao u. vielen anderen Sachen für den Haushalt. Verlangen Sie Muster

Chemische Fabrik P. Seifert
Dittersbach bei Waldenburg i. Schl.

Hausierer

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 13

Uhren u. Goldwaren

Trauringe 333 u. 585 gest.
anerkannt billig bei

Ernst Gentzen, Uhrm.,
Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmarken

Hasenfelle

Kanin, Marder, Fuchs und **Iltis,** sowie **Pferdehaare** kauft zu den höchsten Preisen.

D. WAGNER, 8 Holstenstraße 8.

Rechnungs-Formulare

Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:

Von der internationalen Bibliothek

erste Serie

empfehlen wir besonders:

Fr. Engels, Ländliche Arbeiterfrage,	geb.	Mk.	2,50
Bebel, Charles Fourier,	„	„	2,50
Stern, Philosophie Spinozas	„	„	1,—
Bebel, Die Frau und der Sozialismus	„	„	2,50
Fr. Engels, Die Lage d. arb. Klassen in England	„	„	2,50
Mehring, Die Lessing-Legende,	„	„	3,50
H. Lux, E. Cabet u. der ikarische Kommunismus	„	„	2,—
G. Plechanow, N. G. Tschernischewsky	„	„	3,—
Fr. Engels, E. Dührings Umwälz. d. Wissensch.	„	„	3,—
Lissagaray, Gesch. d. Kommune von 1871	„	„	3,—
J. Dietzgen, Das Acquisit des Philosophie	„	„	2,—
C. Hugo, Die engl. Gewerkvereinsbewegung	„	„	2,—
C. Marx, Revolution und Konter-Revolution	„	„	2,—
R. Peters, Der Glaube an die Menschheit	„	„	2,50
A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft	„	„	5,50

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Visitkarten

— fl. Elfenbeinkarton —

100 Stück von Mk. 1.— an

liefert

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

Empfehlungskarten

werden hergestellt in der

Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Die Krankenpflege im Hause

als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenstube, Hilfeleistung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken 2c. wichtige Ratschläge gegeben sind.

Preis 20 Pfg.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Vortragskurse für Arbeiter

Auf Beschluß des Gewerkschaftskartells und der Sozialdemokratischen Partei Lübecks findet im **Monat Januar** ein **acht Abende** umfassender **Vortragskursus** statt.

Das Thema lautet

Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens

Vortragender: **Otto Rühle-Halle.**

Die Vorträge beginnen am Dienstag, dem 4. Januar 1910, abends 8½ Uhr, und finden jeden Dienstag und Freitag statt.

Teilnehmerkarten für alle Vorträge kosten 50 Pfg. Eintrittskarten zu den einzelnen Vorträgen 10 Pfg.

Die Karten sind im **Parteisekretariat,** Johannisstraße 50, beim Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, Genossen **Heinrich Radden,** Johannisstraße 48, zu haben.

Wir ersuchen die Arbeiterschaft Lübecks, Männer und Frauen, diese Gelegenheit zur Weiterbildung wahrzunehmen, und sich recht zahlreich an den Vorträgen zu beteiligen.

Die Karteilkommission. **Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.**

Preußische Lose

Ziehung 1. Klasse 11. und 12. Januar 1910.

	1/10	1/8	1/4	1/2	1/1
Mk.	4.—	5.—	10.—	20.—	40.—

sind bei mir zu haben.

Lübeck, Johannisstr. 10. **Falck**
Telephon 58. Königl. Lotterie-Einnehmer.

Sehr empfehlenswert
ist das in 60 Lieferungen a 40 Pfg. erschienene Werk:

PLATEN

Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen Heilweise.

Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunsttafeln und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir einige Teile hervorheben, als: Die Krankheitslehre und deren Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grundsätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Gesundheitslehre der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphilitische Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in gesunden und kranken Tagen etc.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46. und deren Kolporteure. Johannisstr. 46.

Restaurant Concordia
Hüxterdamm 14.

Allen werten Gästen, Freunden und Bekannten ein

Prosit Neujahr!

Rudolf Müller.

Bringe meine **Restauration** in freundliche Erinnerung.

Meinen verehrten Kunden, Freunden und Bekannten ein

Prosit Neujahr!

C. Person, Sedanstraße 1a.

Restaurant „Holstentrug".

Allen werten Gästen, Freunden u. Bekannten ein

Prosit Neujahr!

Ad. Posky.

Wünsche meinen Freunden und Gönnern

ein fröhliches Neujahr!

A. Riecken, Schwartauer Allee 63.

Unserer werten Kundschaft ein

Prosit Neujahr!

E. Zachow und Frau.

Diejenigen Herren von Rensefeld und Umgegend, welche Lust haben, einem

Gesangverein

beizutreten, welcher im Lokale des Herrn **Höwing,** Restaur. Mühlenbach, Rensefeld, zu gründen beabsichtigt wird, werden gebeten, sich am Sonntag, dem 9. Januar, abds. 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Höwing** einzufinden.

Frucht-, Grünwar.-, Konserv.-, Kartoffel- u. Feuerungsgesch.

Rich. Nevermann, Ludwigstrasse 8.

Allen Freunden und Gönnern ein

fröhliches Neujahr!

Bringe meine **Gastwirtschaft** in freundliche Erinnerung.

Paul Lindenberg,
Gasthof „Stadt Wasa".

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Distrikt Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 4. Jan.

abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn **Frehse.**

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen Radden-Lübeck über: **Klassenjustiz.**
3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und Anträge zu derselben.
4. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist sehr erwünscht.

Die Distriktsleitung.

Konsumverein für Stockelsdorf u. Umgegend
(E. G. m. b. H.)

Ordentliche

Generalversammlung

am Mittwoch, dem 5. Januar

abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn **Paetau.**

Tages-Ordnung:

Geschäftsbericht für das verflossene Halbjahr.

Der Vorstand.

Sparklub Lyra.

Versammlung am 4. Januar 1910 abds. 9½ Uhr (Konzerth. Fünfhaus.) Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Bauklempner-Versamml.

am Mittwoch, 4. Jan.

abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisst. 50/52

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Metallarbeiterinnen.

Versammlung

am Mittwoch, 4. Jan.

abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisst. 50/52

Das Erscheinen sämtl. Kolleginnen ist unbedingt notwendig.

Die Vertrauensperson.

Panorama

Breitestr. 53, 1., Fl.

Vom 1. bis 8. Januar

Tirol.

Eine Tal- und Höhenwanderung durch das Oetztal.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 5. Januar
abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:

13. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solist: Herr Konzertmeister **Schwabe** (Violine).

Zur Aufführung kommen u. A.:

Ouverture zu „Figaros Hochzeit" W. A. Mozart.
Capriccio Italien P. Tchaikowsky.
Ouverture zu „Die lustigen Weiber von Windsor" O. Nicolai.
Ballsirenen-Walzer F. Lehar.

Programm in Lübecker Konzert-Anzeiger.

Hansa-Theater.

Täglich 8 Uhr:

Gastspiel des Thalia-Theaters, Elberfeld

„Das Sensations-Ereignis"

„Donnerwetter tadellos"

Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Ball. v. **Julius Freund.** Musik von **Paul Lincke.**

1. Bild: Geburtstag der Venus. 2. Bild: Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin. 3. Bild: Ein Five o'clock im Kaiserhof. 4. Bild: Eine Reform-Kaserne. 5. Bild: Aus Deutschlands grossen Tagen. 6. Bild: Auf der „Ila" in Frankfurt a. M. 7. Bild: Der Luftschiffer-Korso. 8. Bild: Grosse Pracht-Apotheose (Deutschlands Zukunft).

3 große Balletts

Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.

Hansa-Theater.

Bons und Vereinsbillette

haben für diesen Spielplan

keine Gültigkeit.

Neues Stadttheater.

Montag, 3. Jan. 7½ Uhr.
Voll.-Ab. 94. Montag.-Ab. 16.

Ausnahmsweise Mittelpreise!

Hänsel und Gretel.

Märchen-Oper von Humperdinck.

Hierauf: **Rosen aus dem Süden.**

Ballett-Divertissement.

Dienstag: **Othello.** Von Shakespeare.

Mittwoch: Ermäßigte Preise!

Don Carlos. Von Schiller.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 1. Montag, den 3. Januar 1910. 17. Jahrg.

Massenmord deutscher Arbeiter in Brasilien.

Wir lesen im „Hamburger Echo“:

Im Juli d. J. veröffentlichten wir auf Grund eines Schreibens der Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer in Berlin, das auf eine Anfrage hin an einen Auswanderer gerichtet war, eine Warnung an Arbeitslose, sich nicht von Agenten, die in Hamburger Blättern Arbeiter zum Eisenbahnbau in Brasilien suchten, anwerben zu lassen. Es handelte sich um die Anwerbung von Arbeitskräften für den Bau der Madeira-Mamore-Eisenbahn im Amazonasgebiet in Zentral-Brasilien, die zur Erschließung der reichen Kautschukbestände am Oberlauf des Rio Madeira dienen soll. In dem Schreiben der Zentral-Auskunftsstelle war ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Malaria am Oberlauf aller Nebenflüsse des Amazonas stark verbreitet ist, daß sie besonders am Rio Madeira in sehr akuter Form auftritt und rasch zum Tode führe. Vor allem, so wurde weiter gesagt, seien die bei dem Bau der Madeira-Mamore-Bahn in Betracht kommenden Gegenden für einen längeren Aufenthalt von Europäern und insbesondere von solchen, die sich anstrengender, körperlicher Arbeit zu unterziehen haben, durchaus nicht geeignet, und Leben und Gesundheit deutscher Arbeiter, die dort bei Bahnbauten beschäftigt werden sollen, seien in hohem Grade gefährdet.

Ferner wurde in dem Schreiben der Zentral-Auskunftsstelle gesagt:

„Auch ist der in Aussicht gestellte Tagesverdienst von 15 Mk. für das in Betracht kommende Gebiet keineswegs als besonders hoch zu bezeichnen, da bei der Schwierigkeit der Beschaffung von Arbeitskräften und den hohen Preisen aller Lebensbedürfnisse dort überhaupt sehr hohe Löhne gezahlt werden müssen. Auch Brasilianer, die nur als Ruderer verwendet werden, erhalten in den Kautschukgebieten des Amazonas häufig einen Tagelohn von 10 Mark und außerdem 4 Mark bis 5 Mark für die Kost.

Ein Verdienst von 15 Mk. täglich, von dem mindestens 4 Mk. bis 5 Mk. für den Unterhalt in Abzug zu bringen wären, kann daher nicht als ein ungewöhnlich hoher betrachtet werden und bietet für die Gefährdung der Gesundheit, die bei den des tropischen Klimas ungewohnten Europäern eine größere, als bei den Einheimischen, keinen genügenden Ausgleich.

Es dürfte daher deutschen Arbeitern unbedingt davon abzuraten sein, auf die Anerbietungen der Madeira-Mamore-Eisenbahn-Gesellschaft einzugehen.“

Auf die Veröffentlichung dieses Schreibens hin erschienen auf unserer Redaktion zwei angebliche Vertreter der oben genannten Eisenbahngesellschaft, die von uns einen Widerruf der gemachten Angaben verlangten. Sie wurden natürlich abgewiesen und ließen sich nicht mehr blicken.

Infolge der Krise fanden sich leider doch mehrere hundert Arbeitslose, die sich durch die Versprechungen der Agenten ködern und anwerben ließen.

Wie traurig es diesen Ärmsten der Armen erging, zeigen die kürzlich veröffentlichten Mitteilungen der Zurückgekehrten.

Von einem der glücklich dem Tode Entronnenen erhielten wir die nachstehenden Aufzeichnungen, die wir zu Nutz und Frommen aller arbeitslosen Auswanderungslustigen hier folgen lassen:

Im August und September wurden in Hamburg und in anderen Städten Arbeiter zum Bahnbau in Brasilien gesucht. Schreiber dieses ließ sich auch verleiten und für den zweiten Transport, der mit dem Dampfer „Rugia“ befördert wurde, anwerben. Am 6. September, nachmittags, mußten wir in den Auswandererhallen sein. Nach Erledigung von verschiedenen Formalitäten wurden wir auch ärztlich „untersucht“, und zwar ging der Arzt zwischen uns durch und fragte: „Alles gesund?“ „Ja!“ Damit war die „Untersuchung“ zu Ende. Andern Tags, kurz vor der Einschiffung, wurden wir von dem Inspektor der Auswandererbehörde eindringlich vor dem Klima drüben gewarnt. Hierauf verlas Ingenieur Götze ein Telegramm, welches soeben vom deutschen Konsul in Manaos, wie behauptete, eingetroffen war, es lautete: „Klima für deutsche Arbeiter erträglich, Hospital und Ärzte vorhanden.“ Auf dieses Telegramm hin erklärten wir dem Herrn Inspektor, daß seine Warnung doch etwas reichlich verspätet sei und wir auf Grund des Telegramms entschlossen seien, abzureisen. Wir gingen an Bord und verließen abends den Hamburger Hafen; für viele unserer Kollegen war das leider ein letzter Abschied. Die Verpflegung an Bord war sehr mangelhaft, wir wurden deshalb des öfteren beim Proviantmeister und auch beim Kapitän vorstellig, jedoch wurde keine merkliche Abhilfe geschaffen.

Am 5. Oktober erreichten wir die Mündung des Madeiraflusses, wo wir auf zwei Flußdampfer umgeschifft wurden. Bei der Ausschiffung war der deutsche Konsul von Manaos zugegen, aber, wie ich gleich erwähnen will, nicht in der Absicht uns zu warnen.

Auf den ersten Dampfer, die „Antonio Olintho“, sollten 200 Mann, dafür schien uns der Dampfer zu klein. Unsere Vertrauensleute, welche ihn überholten, erklärten, es sei für höchstens 100 Mann Platz vorhanden. Da trat der deutsche Konsul und sagte: Auf dem Dampfer sind schon 250 Passagiere zu ihrer vollsten Zufriedenheit befördert worden. Auf unsere Frage, ob auch ein Arzt und Medizin an Bord wäre, erklärte der Herr: Ein Arzt ist allerdings nicht an Bord, aber die Kapitäne dieser Gesellschaft haben ein medizinisches Examen abgelegt, auch ist Medizin in ausreichendem Maße vorhanden. Das erwies sich jedoch als Unwahrheit, als wir später Kranke an Bord hatten und Medizin benötigten. War die Verpflegung auf der „Rugia“ schon sehr mangelhaft, so war sie doch noch gut zu nennen gegen die, welche uns auf der „Antonio Olintho“ geboten wurde.

Die Verpflegung bestand aus: Morgens Hartbrot und Kaffee, mittags gewöhnlich Salzfleisch und schwarze Bohnen, ab und zu mal frisches Fleisch und Reis, abends wieder Hartbrot und Kaffee. Zum Unglück war das Wasser des Madeiraflusses äußerst seicht, so daß wir mit unseren tiefgehenden Dampfern des öfteren festfuhren, wodurch die Fahrt sich zwölf Tage hinzog, was bei der Enge der Räume und der Tropenhitze und bei dieser schlechten Verpflegung sehr aufreibend war, so daß mehrere Kollegen schon krank in Porto Velho ankamen. Bei Ankunft wurden wir an Bord ärztlich untersucht, indem der Arzt jedem den Puls fühlte, die Untersuchung der 300 Mann war in zirka einer halben Stunde erledigt. Als wir landeten, wurden wir gleich von 10 bis 15 Kollegen vom vorhergehenden Transport gewarnt, ja nicht weiterzugehen, da sie selbst krank und siech von der Strecke zurückgekommen waren und nicht einmal das verdiente Geld erhalten hatten, und da ferner auch oben auf den Kamps die Verpflegung so miserabel sei, daß sie halb verhungert seien.

Wir wurden nachher gleich vom Direktor Randolf mit der Mitteilung empfangen, daß der Kontrakt, welchen wir in Hamburg mit Ingenieur Fürgens abgeschlossen hätten und der auch seine Unterschrift trug, ungültig sei, weil Fürgens seinerseits den Kontrakt mit der Firma gelöst habe. Also ein Kontraktbruch, wie er brutaler wohl nicht sein kann. Der Direktor schlug uns vor, er wolle in seinem Namen den Kontrakt wieder aufnehmen und wollte uns im Tagelohn beschäftigen, anstatt der garantierten 15 Mk. wollte er 8 Milreis etwa 10 Mk. bezahlen; anstatt der kontraktlich festgelegten acht Stunden, sollte die tägliche Arbeitszeit aber zehn Stunden betragen.

Es läßt sich wohl denken, daß wir ein solches Ansinnen weit von uns wiesen und forderten, entweder gelten die Arbeitsbedingungen, wie im Kontrakt vorgesehen, oder Ihr befördert uns frei wieder retour, da wir nicht gewillt waren, unter solchen Bedingungen zu arbeiten. Es wurde uns nun bis 10 Uhr Bedenkzeit gegeben. Nach Ablauf derselben erklärte der Direktor, keine weiteren Zugeständnisse machen zu können. Wer arbeiten wolle, der solle auf die bereit stehenden Loris klettern und nach Kamp 17 fahren. Es fanden sich wirklich 50 bis 60 Mann unter uns, welche trotz des Kontraktbruches mitfuhren. Die Zurückbleibenden wurden an dem Tage nicht mehr behelligt. Wir besuchten im Laufe des Tages das Hospital, dort lagen etwa 40 bis 50 Deutsche, es war ein erschütternder Anblick. Abgemagert zum Skelett, hohläugig, viele gar nicht der Sprache mehr mächtig, lagen sie da; alle klagten über schlechte Behandlung und schlechte Verpflegung. Sie litten weniger an Fieber als an Dysenterie, eine Folge des schlechten Wassers und der ungenügenden Ernährung. Die Sterblichkeit unter ihnen war groß; im Laufe von vier Wochen waren schon über 100 Mann gestorben! Mit Tränen in den Augen nahmen wir Abschied, wir konnten das Elend nicht länger mehr mit ansehen. Nur wenige von denen, die dort lagen, haben später lebend das Hospital verlassen.

Zum besseren Verständnis muß ich hier einiges vorausschicken. Die Bahn wird in der Weise gebaut, daß eine Strecke von 30 bis 40 Kilometern zugleich in Angriff genommen wird. Zu dem Zwecke werden in Zwischenräumen von 8 bis 10 Kilometern sogenannte Kamps (Proviantdepots und Hütten zur Unterbringung der Arbeiter) angelegt. Die Deutschen vom ersten Transport kamen nach Kamp 18, also auf die äußerste Spitze. Bis Kamp 12 kann die Strecke erst befahren werden; von dort wird der Proviant mit Mauleseln weitertransportiert. Es sind etwa noch 40 Kilometer bis Kamp 18. Bei der ungenügenden Kontrolle bleibt naturgemäß der meiste und beste Proviant auf den Zwischenstationen, während nach Kamp 18 nur das Allernotdürftigste hinkommt. Frisches Fleisch kam überhaupt nie hin, das wurde auf den Zwischenstationen abgefangen und dort behalten. Die Folge hiervon war, daß in etwa 14 Tagen über die Hälfte der Deutschen auf Kamp 18 erkrankte und auch schon einige starben. Wie roh und rücksichtslos die maßgebenden Persönlichkeiten (meistens Nordamerikaner) mit den Kranken umgingen, zeigt folgender Fall: Als es dort oben nicht mehr zum Aushalten war, verließen etwa 200 Mann Kamp 18; auch die Kranken, welche nur irgend konnten, schleppten sich die vierzig Kilometer nach Kamp 12. Hier angekommen, legte man die Kranken auf die Bahnwagen (alles flache Loris), ohne jeden Schutz gegen Sonne und Regen, um sie nach Porto Velho ins Hospital zu bringen. Diese Gelegenheit, nach Porto Velho zu kommen, wollten auch die Gesunden benutzen und stiegen auch mit auf. Man wollte sie jedoch um jeden Preis auf dem Kamp festhalten. Da sie aber nicht heruntergingen, fuhr der Zug gegen Abend weg. Als es dunkel wurde, hielt der Zug mitten auf der Strecke an; man koppelte die Wagen ab, und die Lokomotive fuhr allein weiter und ließ die Wagen mit sämtlichen Leuten mitten im Walde stehen. Die Leute, Kranke sowohl wie Gesunde, mußten die ganze Nacht im Freien kampieren, was im tropischen Urwald das Allerungesundeste ist. Anderen Tages kam die Lokomotive wieder und holte die Wagen; aber anstatt nach dem Hospital zu fahren, rangierte der Zug den ganzen Tag mit den Leuten in der brennenden Sonnenhitze herum, abends ließ man sie plötzlich wieder stehen und fuhr davon. Ohne in zwei Tagen etwas genossen zu haben, mußten die Leute die zweite Nacht im Walde zubringen. Die Folge war, daß am anderen Morgen zwei Mann tot waren und weitere 25 Mann todkrank dalagen. Nun endlich bequemte man sich dazu, die Kranken ins Hospital zu bringen, aber auch erst dann, nachdem die einigermaßen Gesunden abgestiegen waren und sich bereit erklärt hatten, auf Kamp 12 und 10 zu arbeiten.

Doch nun, nach dieser Abschweifung zurück zu uns. Am anderen Morgen kam die „Shandleß“ mit 100 Mann von unserem Transport an. Wir riefen unseren Kollegen zu, an Bord zu bleiben und nicht erst an Land zu kommen. Sie sollten den Kapitän zu bestimmen suchen, zurückzufahren, während wir versuchen wollten, mit der „Antonio Olintho“

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern
von A. Otto Wälster.

184. Fortsetzung.

„Es kommt ja ganz darauf an, was ein Mädchen sucht,“ fügte Findeisen hinzu, „will es, wie die junge Eselin mit ihrem Esel, ruhig und friedlich aus einer Krippe fressen, so nimmt es einen mit sicherem Brot und friedlicher Staatsbürgergesinnung, womöglich gleich einen, der aus der Staatskrippe frißt und jedem System, jeder Regierung als Handlanger dient. Was ihnen an wirklichem Werte abgeht, das ersetzen sie durch die Einbildung und können dabei immer noch glücklich sein. Solche Leute bringen nun freilich die Welt um keinen Schritt vorwärts, aber das können ja andere besorgen, warum gerade sich als Opfer darbringen?“

Alle blickten Findeisen an; diesen Ton war niemand an ihm gewohnt; der junge Mann merkte es und verstummte. Der Philosoph aber zog nunmehr einen Brief aus der Tasche und erklärte:

„Um also zum Schlusse zu kommen, Fräulein Musselich, so hat mir, als ich ihm den versprochenen Revolver brachte, Herr Frank ein Briefchen an Sie übergeben.“

„Ein Briefchen für mich, und Sie verschwiegen es so lange?“

„Entschuldigen Sie mich freundlichst, die Szene vorhin hatte mich auf andere Gedanken gebracht, hier ist der Brief und zugleich der Beweis, daß Sie nicht vergessen sind.“

„Verzeihung, meine Herrschaften, wenn ich störe“, rief aber auch im nämlichen Augenblicke die Stimme Franks, und sein lächelnder Blick ruhte auf der ganzen Versammlung. „Entschuldigen Sie vor allen Dingen meine Toilette, die ich seit einigen Tagen nicht zu wechseln Gelegenheit fand.“

Er war dabei zu Fanny geeilt, die ihm halb erfreut und halb erschreckt zuflüsterte:

„Wie sie aussehen, ganz staubig, das Oberhemd ganz verschwitzt, die Halsbinde mehr grau als schwarz und so zusammengedreht!“

„Gefall' ich Dir denn nicht mehr, Fanny?“

„Nennen Sie mich nur hier nicht „Du“, ich werde ganz verlegen.“

„Und wie soll ich Dich denn nennen?“

„So wie früher.“

„Ach, das ist zu lange her, das weiß ich gar nicht mehr. Aber darf man denn hier von Geschäften sprechen, meine Herren?“ fragte er jetzt laut, sich zur Gesellschaft wendend.

„Wir sind hier so gut wie unter uns,“ entgegnete Lange, „die Damen haben ein Recht auf unser volles Vertrauen.“

„Nun, so will ich denn vor allen Dingen raportieren, daß wir eine telegraphische Depesche aufgefangen haben, welche man höchst pfiffigerweise nach der nächsten Station brachte, damit sie in der Hauptstadt von niemandem gelesen würde. Da wir aber inzwischen die Telegraphenstation besetzt haben, so fiel sie uns in die Hände. Und was meinen Sie, was sie enthält? Eine Mitteilung an den Kommandanten in B., daß die Hauptstadt in den nächsten Tagen in Belagerungszustand versetzt werde, sowie die Aufforderung, alle Urlauber einzuziehen und alle disponibeln Truppen per Extrazüge nach hier abgehen zu lassen. Ich habe statt dessen telegraphiert, daß alles hier beruhigt sei, daß die hier anwesenden Streitkräfte vollkommen ausreichten und daß der Vorsicht halber einstweilen die telegraphische Korrespondenz von dieser Telegraphenstation ausgeführt werden sollte. Sämtliche Telegraphenlinien der Stadt sind übrigens von uns abgeschnitten und zur Unterbrechung der Eisenbahnen genügende Vorkehrungen getroffen.“

„Es ist dies sehr nötig“, erklärte Lange, „denn wir haben gegen 15 000 Mann Militär zu bekämpfen und können wohl kaum auf mehr als einige 20 000 undisziplinierte und schlecht bewaffnete Arbeiter rechnen.“

„Wenn Sie die nicht rechnen, welche auf meine Veranlassung hierherkommen“, bemarkte der Philosoph.

„Wie, Herr Mensch, Sie führen uns Hilfstruppen zu?“ fragte Lange erstaunt.

„Nun, denken Sie denn, ich habe meine Zeit verloren? Hilfstruppen habe ich gesammelt, und was für welche! In alle Eisenarbeiterdistrikte, Hütten und Steinbrüche habe ich nach unverheirateten Arbeitern geschickt und ihnen, wo's nötig war, Reisegeld auszahlen lassen; in allen Provinzialblättern habe ich Maurer und Zimmerleute zur sofortigen Arbeit gesucht, Erdarbeiter in Masse, Bergleute und Holzarbeiter. Der Spaß kostet mich etwas über 60 000 Taler zum Anfang, dafür bekommen wir aber auch ein Heer, das sich sehen lassen kann, und wenn die Sache vorbei ist, kann ich mich doch einschränken, wie mein seliger Onkel Seidenspinner. Heute abend schon, wenns dunkelt, fangen meine Leute an einzurücken und morgen wird die Stadt voll. Auf den Dörfern rings herum liegen Vorräte von Bier und Branntwein, Brot und Schinken, daß jeder genug haben soll. Aber Waffen, Freunde, Waffen brauchen wir.“

„An Waffen wirds nicht fehlen,“ versicherte Lange, „dafür haben wir das Zeughaus, und Munition wird auf allen Dörfern bereits fabriziert.“

„Die Polizei des Dr. Rauffmaus muß doch miserabel eingerichtet sein,“ lachte Frank.

„Sehr miserabel,“ bestätigte Lange, „aber viele von den höheren Sicherheitsbeamten tun auch mit Absicht nichts; die ganze Regierung ist zerfahren, die Konservativen fördern unsere Unternehmungen, soweit ihnen unsere Schweigsamkeit und Zurückhaltung es möglich macht.“

„Und wer wird das Zeughaus nehmen? Ein entschiedener und kühner Mann muß das sein,“ warf hier der Philosoph dazwischen.

„Dieses ist mein Teil,“ rief Iwan mit leuchtenden Augen, „es ist mir zugesichert worden.“

Ein schwerer Seufzer wurde bei diesen Worten vernommen, alle wandten sich fragend um, ohne zu erraten, wem er entschlüpft sei. Aber ein aufmerksamer Beobachter hätte bemerkt, daß Findeisen erbleichte und Elise leicht errötete.

„Ist Herr Doktor Lange vielleicht hier anwesend?“ fragte mit einem Male eine tiefe Männerstimme von der Straße her.

„Ah, guten Abend Herr Wießner, bitte, treten Sie herein, wir sind hier schon als Revolutionskomitee in voller Arbeit,“ antwortete Lange selbst, und bald darauf trat der riesige Schmied in schlichter Bluse vor die erwartungsvolle Gesellschaft.

„Bitte um Entschuldigung, wenn ich störe, und allseitig guten Abend,“ rief der Arbeiter.

„Das Revolutionskomitee ist in seiner Mehrheit versammelt und also beschlußfähig,“ äußerte Frank, „aber Sie bringen uns gewiß Neuigkeiten, Herr Wießner?“

„Setzen Sie sich gefälligst,“ sprach Frau von Sokolow, und Olga hatte soviel Respekt vor dem stattlichen Volkskämpfer, daß sie aufstand und ihren eigenen Stuhl anbot.

Wießner nahm ihn ohne Umstände an und zog dann

wegzukommen. Dieser unser Versuch schlug jedoch fehl. Der Kapitän hatte Wind bekommen, und als wir hinkamen, warf er von der Brücke los und dampfte den Strom hinaus. Gegen Mittag änderte sich die Situation, wir hatten uns eben etwas im Schatten in die Hängematte hingelegt, um während der größten Hitze zu ruhen. Da kam der Ingenieur Jürgens von der Strecke herunter. Zu seinem Schutze brachte er sich zehn Polizeisoldaten und etwa hundert Mann von „St. Antonio" mit. Dieselben waren mit Messern und Winchester-Gewehren bewaffnet. Ehe wir uns dessen versahen, waren sie zwischen unseren Hängematten und überfielen uns einzeln, um nach Waffen zu suchen, es fiel ihnen auch der größte Teil davon in die Hände, weil die meisten Kollegen ganz ahnungslos schliefen. Nachdem wir so entwaffnet waren, wurden wir zusammengerufen, um mit Jürgens und dem Direktor noch einmal zu verhandeln. Im Laufe der Verhandlung wurden jenem Jürgens, mit dem schon die Kollegen vom ersten Transport so schlechte Erfahrungen gemacht haben, die Worte Lump, Lügner und Betrüger ins Gesicht gesagt, ohne daß er eine Miene verzog. Dies charakterisiert den Mann wohl am besten. Der Direktor Randolf machte Vorschläge, einen immer besser wie den anderen, um uns die Sache mundgerecht zu machen. So unter anderem: Wir sollten uns Proviant aussuchen, soviel und was wir wollten, sollten uns denselben selbst aufladen und mitnehmen, ferner sollten zwölf Mann von uns in Porto Velho bleiben, um den Proviantnachschub zu überwachen. Wir sollten drei Mann wählen, die das Hospital überwachten, die Vorarbeiter und die Kolonnenführer sollten wir aus unseren Reihen stellen. Auch wollte er uns im Akkord anstatt der kontraktlich festgesetzten 2 Milreis 3 Milreis pro Kubikmeter bezahlen. Wir hatten unterdes diese Punkte zu Papier gebracht und forderten ihn auf, zu unterzeichnen. Da erklärte der Herr: schriftlich gebe ich nichts. Darauf hatten wir keine andere Antwort, als ein Nein.

Wir brachen die Verhandlungen ab und verlangten zurückbefördert zu werden, was uns aber rundweg verweigert wurde. Das empörendste bei der ganzen Sache aber war dies: Während der ganzen Zeit, wo wir unterhandelten, waren wir im Kreise von Bewaffneten eingeschlossen, welche niemanden herausließen. Wollte einer zur Verrichtung eines unerläßlichen Bedürfnisses, dann nahmen ihn zwei Mann in die Mitte und brachten ihn hin und zurück, das geladene Gewehr stets in Bereitschaft. Wir machten einen Überschlag über die Machtverhältnisse, ich zählte um uns herum 60 Gewehre, welche in zwei Gliedern standen, innen waren wir 110 Mann meist ohne Waffen. Doch mußten wir auch mit den Amerikanern rechnen, welche oben auf der Veranda des Magazins standen und sämtlich mit Revolvern ausgerüstet waren. Wir mußten uns also notgedrungen fügen. Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, wollte man uns mit Gewalt vom Platze bringen, jedoch meinte der Direktor, wir sollten noch einmal dort schlafen und morgen wollte er uns in den Wald jagen, wenn wir nicht arbeiten wollten.

Diese Vorkommnisse sind in einem ausführlichen Berichte dem Auswärtigen Amt in Berlin zur Kenntnis gebracht worden.

Am andern Morgen versuchte man eine andere Taktik. Es hieß, wer nicht arbeitet, bekommt nichts mehr zu essen. Wir bekamen tatsächlich auch für Geld nichts mehr. Weiter wurde versprochen: Sie brauchen nicht nach der Strecke hinaus, Sie können in St. Velho arbeiten, bleiben Sie vierzehn Tage hier, dann wird Ihnen Ihr Geld ausbezahlt und nichts abgezogen, dann können Sie nach Manaos fahren. Auf diese Versprechungen hin fingen verschiedene Handwerker an zu arbeiten; es wurden ihnen 12 bis 15 Milreis bei freier Station pro Tag versprochen. Mittlerweile kamen auch die Kollegen von der „Shandleß" an Land. Am Mittag fingen wir mit etwa 150 Mann, der Not gehorchend, an zu arbeiten, damit wir wenigstens solange etwas zu essen hätten, bis sich Gelegenheit bot, wegzukommen. Gegend Abend wurde der Rest von 60 bis 70 Mann, welche sich überhaupt weigerten anzufangen, mit Gewalt in den Urwald getrieben, also direkt dem Hungertode preisgegeben.

Nach zwei Tagen wollte man sie allerdings zurückholen, einige kamen auch mit, doch der größte Teil baute sich Flöße und fuhr damit den Strom hinab. Einige Flöße barsten jedoch auseinander, wobei mehrere Kollegen ertranken. Ein Floß mit sieben Mann landete unglücklicherweise im Indianergebiet, alle sieben wurden von den Indianern ermordet. Diejenigen, welche glücklicher fuhren, wurden von den anwohnenden Farmern sehr gastfrei aufgenommen und mit Früchten und Tabak beschenkt. Als wir später mit der „Indedepencia" herunterkamen, nahm der Kapitän etwa 25 von den Floßschiffern mit nach Manaos.

Im Anfange bekamen wir in Porto Velho gutes Essen, wir aßen in der amerikanischen Küche. Jedoch nach acht Tagen wurde eine deutsche Küche eingerichtet und das Essen wurde von Tag zu Tag schlechter, so daß man bald nicht mehr davon existieren konnte. Die Kollegen wurden nach und nach krank und lagen auf dem Platze herum. Wir paar Gesunden konnten ihnen auch nicht helfen und der Arzt kümmerte sich wenig darum. Von Tag zu Tag warteten wir auf einen Dampfer, hatten aber auch kein Geld, denn als die 14 Tage um waren, und verschiedene Kollegen ihr Geld verlangten, wurden ihnen trotz des Versprechens 61 Milreis für die Ausrüstung abgezogen, so daß sie ebensowenig Geld hatten wie vordem. Am 5. November kam der Dampfer „Indedepencia" von St. Antonio in Porto Velho an: er nahm mich und 34 andere Kollegen umsonst mit, verschiedene andere hatten bloß 20 bis 30 Milreis bezahlt, trotzdem es 55 Milreis bis Manaos kostete. An Bord waren etwa 100 Deutsche und 50 bis 60 Portugiesen und Spanier. Uns fiel ein Stein vom Herzen, als der Dampfer beidrehte und Porto Velho verließ, ich nahm mir nicht einmal Zeit, mich von meinen Bekannten zu verabschieden. Die Fahrt den Strom hinunter dauerte sieben Tage. Unterwegs aber erkrankten von den Kollegen meist die Hälfte; es starben vier Mann, davon drei Mann im Zeitraum einer Stunde. Der Kapitän tat alles, was in seinen Kräften stand, um den Kranken zu helfen, er gab Milch und Bouillon heraus, doch es half nichts. In Manaos angekommen hatten wir 25 Schwerkranke. Nachdem der Dampfer an die Brücke gelegt hatte, gingen und krochen die noch einigermaßen Gesunden an Land, den Schreiber dieses und noch einen Kollegen allein zwischen den Kranken zurücklassend. Da der Dampfer die Brücke gleich wieder verlassen mußte, wurden die Kranken auf die Brücke gebracht und blieben hier etwa zwei bis drei Stunden in der Sonne liegen. Mein Kollege und ich konnten ihnen nur etwas Wasser geben, weiter hatten wir selbst nichts.

Der deutsche und der österreichische Konsul, wie auch der Vertreter der M.-M.-Kompagnie waren unten und versprachen, sofort Wagen zu schicken, aber es kamen keine. Es war ein trostloser Anblick, der sich den Passanten bot. Endlich, nach drei Stunden, kam man mit Karren und fuhr die Kranken die Brücke hinauf. Oben angekommen, wurden alle zusammen in einer Reihe aufs Trottoir gelegt, um dann endlich gegen 2 Uhr ins Hospital befördert zu werden. Gegen 5 Uhr gingen wir beide nach dem Hospital, um nach den Kranken zu sehen, da waren sie wenigstens sauber und rein aufgehoben. Im Laufe der fünf Tage, die ich in Manaos war, starben davon neun Mann. Wir andern meldeten uns beim Konsul und erhielten Essen und Wohnung angewiesen. Der Vertreter der M.-M.-Kompanie erklärte uns: wir würden in Manaos auf Kosten der M.-M.-Kompanie verpflegt, ebenso die Kranken. Auf unsere Forderung betreffs Entschädigung meinte er, die Kompanie verprozessiert lieber einige Millionen, als daß sie Ihnen 100 Milreis gibt. Wir wollten nun nicht eher von Manaos weggehen, als bis wir Entschädigung und freie Reise bis Hamburg erhielten. Allein von Tag zu Tag mehrten sich die Kranken, so daß sich jeder sagen mußte, die Gesundheit geht hier vor, und je eher man dieses ungesunde Klima verläßt, desto besser ist es. Aus diesem Grunde schifften wir uns, durch Vermittlung des Konsulatverwesers in Rio de Janeiro, Herrn v. Bülow, welcher eigens in Manaos anwesend war, an Bord der „Rio Negro" ein, und verließen am 18. November 44 Mann stark, den Hafen von Manaos. Trotzdem der Schiffsarzt alle Mann untersucht hatte, wurden auf dem Amazonenstrom schon welche krank. Es mußten in Para drei Mann ins Hospital gebracht werden. Im Verlaufe der Reise starben noch drei Mann, zwei davon wurden nach Seemannsbrauch ins Meer versenkt, während der dritte in Lissabon an Land beerdigt wurde. Am 14. Dezember trafen wir in Hamburg ein. Von den verbleibenden 38 Mann mußten hier 12 Mann ins Tropenkrankenhaus befördert werden, weil ihr Zustand sich so sehr verschlimmert hatte.

Nach Ankunft im Hamburger Hafen sollten wir gleich (es war 1 Uhr nachts), folgendes unterschreiben: „Wir verpflichten uns, die Heimschaffungskosten so schnell wie möglich an das Auswärtige Amt in Berlin zu bezahlen." Wir verweigerten die Unterschrift, weil wir der Meinung sind, das Bezahlen kommt der M.-M.-Kompagnie zu. Wenn die Regierung Geld haben will, so soll die Kompanie bezahlen. Im übrigen wurde uns vom Herrn Inspektor der Auswandererbehörde gesagt, die Reisekosten für uns hätten die Deutschen in Para bezahlt. Es wäre das sehr dankenswert von unseren Landsleuten. In Porto Velho und Manaos haben wir bei den ansässigen Deutschen sehr schlechte Erfahrungen gemacht, als wir sie um Rat angingen.

Wenn in den ersten Berichten geschrieben wird, daß von den 600 Mann schon über 400 tot seien, so ist das wohl etwas zu hoch gegriffen, doch dürften immerhin 300 bis 350 Mann tot sein, während in Manaos noch zirka 70 Mann im Hospital liegen. Der Rest kommt hoffentlich noch gesund wieder zurück.

* * *

Soweit der schlichte Bericht, dem wir, um seine Wirkung nicht abzuschwächen, nichts hinzufügen wollen. Nur über das Verhalten des deutschen Konsuls in Manaos dürfte wohl noch nähere Auskunft zu fordern sein. Auch dürfte es in Zukunft wohl nicht mehr genügen, lediglich Auskunft über ausländische Arbeitsverhältnisse zu erteilen, sondern es muß auch unbedingt dem Treiben der Agenten, die immer ungehindert unter allen möglichen und unmöglichen Vorspiegelungen Arbeitslose nach dem Auslande verschleppen können, ein Riegel vorgeschoben werden.

Aus der Partei.

Eine beleidigende Reichsverbandsgröße. Das Breslauer Schöffengericht verurteilte den Genossen Schiller von der „Volkswacht" wegen angeblicher Beleidigung des Reichsverbandsredakteurs Sommerburg aus Berlin zu 200 Mark Geldstrafe. Sommerburg war am 18. März in Jaastrow (Posen) mit dem dortigen Amtsrichter und dem Rechtsanwalt der Reichsverbandskolonne in einer sozialdemokratischen Versammlung erschienen, um deren Zweck zu vereiteln. In der bekannten Manier brachte er dann in der Diskussion eine Menge Verleumdungen gegenüber sozialistischen Führern vor. U. a. wies der Reichsverbändler daraufhin, daß der Referent Genosse Christpion ja so rote Backen habe, woraus hervorgehe, wie sich Arbeiterführer zu mästen verständen. Durch die Kennzeichnung einer solchen Handlungsweise ekelhaft und gemein, wie sie in der „Volkswacht" erfolgte, fühlte sich der Herr beleidigt und er erreichte auch wirklich, daß die Breslauer Richter den Schaden an seiner Reichsverbandsehre auf 200 Mk. bewerteten.

Vom Aufschwung der Parteipresse. Unser Augsburger Parteiblatt, die „Schwäbische Volkszeitung", wurde im April 1906 in Parteiregie übergeführt. Durch die schwere wirtschaftliche Krise ging anfangs die Zahl der Abonnenten zurück. Seit Juni v. J. ist aber eine Wendung zum Besseren eingetreten. Der Abonnentenstand beginnt sich zwar langsam, aber ohne Unterbrechung zu heben, sodaß jetzt eine Zunahme von über 20 Prozent zu verzeichnen ist, was bei der ganz gewaltigen Fluktuation der Augsburger Arbeiterschaft schon etwas heißen will.

Arbeiterjugend. Wie die Redaktion mitteilt, wird mit dem 2. Jahrgange, in den unser Jugendorgan jetzt eintritt, der Umfang des Blattes um einen halben Bogen vergrößert, sodaß die Nummer künftig 16 statt 12 Seiten umfassen wird. Auch sollen von nun ab den Artikeln mehr Illustrationen beigegeben werden. Daß schon nach Jahresfrist zu dieser Vergrößerung und erweiterten Ausgestaltung unseres Jugendorgans geschritten werden konnte, ist ein Beweis dafür, daß sich das Blatt bei der arbeitenden Jugend gut eingeführt hat. Diese erfreuliche Tatsache geht auch aus dem Umstande hervor, daß die Abonnentenzahl des Blattes sich in Jahresfrist ungefähr verdoppelt hat und nunmehr nahezu 40 000 beträgt. Der soeben erschienenen Nummer 1 des zweiten Jahrgangs ist das Inhaltsverzeichnis des ersten Jahrgangs beigefügt, das in seinen einzelnen Rubriken eine leichte Orientierung darüber ermöglicht, in welchem Maße der Inhalt des Blattes dem Bildungsprogramm, das unserer Jugendbewegung gestellt ist, gerecht wird. Durch zahlreiche Aufsätze und Notizen sind die folgenden Gebiete vertreten: Geschichte, Sozialismus und Wirtschaftsgeschichte, Politik, Gewerkschaftsbewegung, Bildungsfragen, Naturwissenschaften, Literatur, Technik, Spiele und Geselligkeit, Wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend, Kriegsschauplatz, Gegnerisches, Erzählungen, Gedichte usw. Weiter ist aus dem Inhalt zu ersehen, daß die einzelnen Wissengebiete nicht durch wahllos aneinandergereihte Artikel bearbeitet wurden, sondern daß überall eine systematische, vom Allgemeinen zum Speziellen fortschreitende Anordnung des Stoffes angestrebt wurde. — Wir wollen darum die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, unsere Leser und Leserinnen aufzufordern, ihre heranwachsenden Söhne und Töchter, soweit sie noch nicht Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" sind, auf das Bildungsorgan unserer Jugend nachdrücklichst

---

ein großes Plakat aus der Tasche, welches er auf dem Tische ausbreitete:

„Es ist hier eine durch Maueranschlag bekannt gemachte Aufforderung an alle gutgesinnten Bürger der Stadt oder des Landes, sich, womöglich bewaffnet, der Regierung zur Verfügung zu stellen. Jeder, der hierzu bereit, solle morgen früh auf der Hauptwache erscheinen und sich weiterer Verfügung gewärtig halten. Wir werden beim Kampfe also einen Teil der Herren Bourgeois selbst uns gegenübertreten sehen, und das ist gut; wir sind dann wenigstens sicher, daß nicht Arbeiterblut allein vergossen wird, sei es in Uniform oder Bluse."

„Dieses Ministerium handelt mehr aus Instinkt, als mit System," bemerkte Lange.

„Außerdem habe ich mitzuteilen, daß man einen merklichen Zuwachs von fremden Arbeitern gewahr wird. Eine Erscheinung, die unter gegenwärtigen Umständen viel Auffälliges hat. Sollte die Regierung geworben haben, um den Arbeitern Arbeiter entgegenzustellen, Uneinigkeit in unsere Reihen zu bringen oder gar Verräter in unserer Mitte?"

„Haben Sie keine Sorge, Herr Wießner, diese Leute habe ich zusammengetrommelt, Sie werden morgen noch zehnmal mehr sehen," beruhigte der Philosoph.

„Nun, dann desto besser. Ich habe noch zu melden, daß ich meine Stelle als revolutionärer Polizeimeister der Hauptstadt abgegeben habe und zwar an Habicht den Älteren, da man mir nachstellt und ich somit nicht mehr in meiner Wohnung verweilen kann."

„Es ist dies auch gut, da wir am Tage des Kampfes für Sie doch einen Ersatzmann haben müßten, und Herr Habicht sich einstweilen einrichten kann."

Jetzt ließ sich auch Joseph Reinisch aus Bleichungen anmelden. Der schlichte Landmann hatte seit dem Tage, da wir zum ersten Male seine Bekanntschaft in der Schreiberstube des Dr. Raffmann zu machen Gelegenheit hatten, eine entschieden andere Haltung angenommen und bewegte sich mit einer selbstbewußten männlichen Würde, die aber frei von allem Dünkel blieb. Nur in der Begrüßung der eleganten und schönen Damen, die er unvermutet an diesem Orte vorfand, konnte er einige bäuerliche Verlegenheit nicht bemeistern.

„Nun, Herr Reinisch, was haben Sie Gutes zu vermelden?" fragte Lange den Bundesgenossen, nachdem er ihm die Hand geschüttelt und ein Diener ihm einen Rohrstuhl gebracht.

„Ich darf eine lebhafte Beteiligung von seiten der ländlichen Bevölkerung anmelden; Hunderte schmieden bereits ihre Sensen gerade; wer nicht mit in den Kampf zieht, der hat sich bereitwillig gefunden, an den notwendigen Arbeiten teilzunehmen. Die Bahnwärterhäuser werden noch in dieser Nacht besetzt, und das Aufreißen von Schienen kann eine Stunde nach erhaltenem Befehle ins Werk gesetzt sein. Diese Nacht legen wir längst den Straßen Erdwälle an, um die Kavallerie zu hindern, dort zu manövrieren und etwaigen Zuzug abzuschneiden. Mit der Gendarmerie machen wir jetzt kurzen Prozeß, wir fangen sie weg, wo wir sie finden."

„Sehr gut, Herr Reinisch; ich sehe, daß die Anstrengungen zusammenklappen, wie nicht besser zu wünschen."

„Ist sonst etwas in der Arrangierung und Verteilung verändert?"

„Nichts, Herr Reinisch, es bleibt alles so, wie wir festgesetzt hatten. Ich habe die ganze Schlachtordnung aufgezeichnet, Sie können Abschrift nehmen;

Hauptleitung: Lange, Findeisensche Fabrik und sobald wie möglich Rathaus.
Kanzlei! Streit und Barth ebendaselbst.
Oberkommando des Revolutionsheeres in der Stadt: Wießner. Auf dem Lande: Reinisch.
Hauptverpflegungsamt: Mondel, Lokal des Konsum-Vereins.
Waffen und Munition: Findeisen, Findeisensche Fabrik.
Quartieramt: Draht, Lokal der Volksbank.
Sicherheitsamt: Habicht, Bureau des „Volksblatt".
Hauptordner: Heinke.

Ich glaube, die Tätigkeit ist so am besten verteilt, wenigstens hat man bis jetzt keine besseren Vorschläge gemacht."

„Und ich bin ganz beiseite gesetzt, das ist der Welt Lohn," rief der Philosoph mit einem Ausdruck komischer Verzweiflung. Das kommt davon, wenn man nicht da ist; die Abwesenden behalten leere Teller."

„Was wollen Sie, Herr Mensch, ich war mit zugegen, hatte Rat und Stimme im Komitee und bin dennoch übergangen worden," entgegnete Frank lachend.

„Ja, es ist wahr," rief der Philosoph ebenfalls lachend, „wie in aller Welt ist denn das zugegangen? Man brauchte Sie doch sonst zu allem Möglichen?"

„Sie denken so ziemich an alles, Herr Mensch," belehrte Lange, „aber hier und da bleibt doch noch etwas übrig, an das Sie nicht gedacht haben, und das ist unser Trost, denn wir müßten sonst wirklich vor Ihnen die Segel streichen. Es ist wahr, das nächste und nötigste ist vorgesehen. Wie aber, wenn etwas Unerwartetes an uns herantritt, wofür wir einen fähigen und durchaus sicheren Mann brauchen? Oder wenn einem von uns etwas zustößt und ein Ersatz notwendig wird? Das nennt man in Reserve halten, und Sie und Herr Frank bleiben deshalb einstweilen in der Reserve, unterstützen aber selbstverständlich auch in dieser Eigenschaft unsere Freunde überall da, wo es not tut. Sie z. B. besitzen allem Anschein nach ein bedeutendes Organisationstalent und werden deshalb unserem Freunde Heinke, der heute zuviel mit Drucksachen beschäftigt ist, um uns seine Gesellschaft schenken zu können, in der Organisierung des Arbeiterheeres die wesentlichsten Dienste leisten."

„Am liebsten hätte ich ein Kommando übernommen", meinte der Philosoph, „da mir das etwas ganz Neues sein würde."

„Sie werden dazu immer noch Zeit haben, wenn erst einmal die Arbeiterkompagnien formiert sind. Wir haben die Ernennung der Kommandanten der Wahl der Leute oder der des Kommandos überlassen und nur die Stelle eines Generaladjutanten für unseren Freund Iwan vorbehalten."

„Und wer besorgt die Befreiung von Barth und Streit?" fragte Iwan.

„Diese haben sich die Herren Wießner II. und Noack ausgebeten; ich glaube, sie liegt in guten Händen."

„Wie wär's, Herr Mensch, wenn wir als Freiwillige uns dieser Expedition anschlössen?" fragte Iwan tatendurstig.

„Es soll mir ein besonderes Vergnügen sein, erklärte der Aufgeforderte und erhob sich schnell.

„Halt, meine Herren," rief aber Lange abwehrend, „ich sagte Ihnen, daß die Befreiung unserer Freunde in guten Händen liegt; wir wollen in solcher ernsten Zeit keine Torheiten, nichts Mutwilliges, nichts Überflüssiges unternehmen. Jeder tue auf seinem Posten alles, was der Posten verlangt, das übrige ist vom Übel."

aufmerksam zu machen. Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer ist hervorzuheben: Ein Jahr des Kampfes und der Arbeit. — Aus meiner Kindheit. Von Otto Krille. — Die Bauernbefreiung. Von Gustav Eckstein. — Der Dichter der Räuber (Der junge Schiller. 3. Illustriert.) — Die väterliche Gewalt des Lehrherrn. — Über die Pflege der Unterhaltung und Geselligkeit. Von R. Weimann-Dresden. — Jugendbewegung des Auslandes. — Die hereingefallenen Innungsmeister. — Vom Kriegsschauplatz. — Des Lehrlings Leidenschronik usw. — Beilage: Proletarischer Silvester (Bild). — Der Geiß-Christeli. Von Ernst Zahn. — Von Putz und Schmuck. Von Hulda Maurenbrecher. — Zwei Gräber. Von Marie von Ebner-Eschenbach. — Zum neuen Jahr. Gedicht von Klara Müller.

An die Veranstalter von Jugendschriften-Ausstellungen richtet der Bildungsausschuß die Bitte, möglichst bald einen Bericht über das Ergebnis der Ausstellung an ihn einzusenden. In dem Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften, das der Bildungsausschuß einige Wochen vor Weihnachten allen Interessenten zugeschickt hat, befindet sich ein statistischer Fragebogen, der für die Berichterstattung zu benutzen ist, soweit Material für die Beantwortung der einzelnen Frager, gesammelt werden ist. Die Berichte werden an die Geschäftsstelle des Bildungsausschusses, Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, erbeten.

Es kommt auf jede Stimme an! Die „Weimarer Volkszeitung" schreibt: Wie oft ist schon bei Wahlen diese Mahnung an Säumige erfolgt und doch wiederholt sich bei jeder Wahl die gleiche Geschichte: Es gibt eine Anzahl Nachlässige und Gleichgültige, die entweder nicht zur Wahl gegangen sind oder die nicht die Wählerlisten eingesehen hatten und nachher ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten. Wie sehr es aber auf jede einzelne Stimme ankommt, das beweisen die Stichwahlresultate in Sachsen-Weimar. In zusammen drei Wahlbezirken fehlen nur 81 Stimmen und es säßen drei Sozialdemokraten mehr im zukünftigen weimarischen Landtage! Im 15. Wahlbezirke fehlten unserem Kandidaten 4, im 20. Bezirk 22 und im 23. Bezirk 57 Stimmen! — Hätten diese nicht einmal 100 Stimmen in drei Wahlbezirken nicht noch aufgebracht werden können? Wir glauben, es wäre möglich gewesen, und wir hätten drei Sitze mehr gehabt. . . .

Ferri vor seinen Wählern. Man schreibt aus Rom: Vor einem Wahlkreiskongreß hat Ferri am 26. Dezember seinen Wählern Rechenschaft über seine Haltung abgelegt. In einer mehrstündigen Rede griff Ferri einige Genossen der Parlamentsfraktion in der allerheftigsten Weise an, indem er sie als giftige Schlangen, kläffende Köter usw. bezeichnete. Die erwarteten Anklagen über die Giolittifreundlichkeit der Fraktion beschränkten sich auf alte und bekannte Dinge, wie auf einen Besuch Turatis in Giolittis Landhause, auf eine Bemerkung der „Critica Sociale", die eine Proletariermetzelei nicht dem Ministerium, sondern einer „verirrten Kugel" zur Last legte, auf die notorisch energielose Haltung der Fraktion bei der Bewilligung der neuen Militärausgaben usw. Zum Fall Bettolo begnügte sich Ferri zu bemerken, daß Turati vor dem Kriegsgericht im Jahre 1898 seine Überzeugung verleugnet hätte, ohne daß ihm die Partei daraus einen Vorwurf gemacht hat. Ihm, Ferri, wollte man aber gar nichts zugute halten. Mit merkwürdiger Inkonsequenz erhob er dann gegen die Reformisten den Vorwurf, ihn während des Prozesses Bettolo nicht unterstützt zu haben und wiederholte dann, daß er den Marineminister persönlich für einen Ehrenmann hielte. Die lange Rede endete mit der Frage: „Jetzt sagt ihr selbst, Freunde und Genossen, die ihr mich seit 23 Jahren kennt, ob ihr mich für fähig haltet, die sozialistische Partei zu verraten!" Da es sich in Wirklichkeit gar nicht darum drehte, ob Ferri die Partei verraten hätte oder nicht, sondern er sich lediglich von dem Vorwurf charakterlosen Opportunismus reinigen sollte, scheint uns die ganze Angelegenheit durch die Rede von Suzzara wenig gefördert. Es ist nicht einzusehen, weshalb der ministerielle Reformismus im Unrecht sein sollte, wenn Giolitti, und im Rechte, wenn Sonnino am Ruder ist. Daß hier ein grundsätzlicher Unterschied vorliegt, hätte Ferri beweisen und nicht voraussetzen müssen. Trotz der offenkundigen Lücken in Ferris Rede nahm der Kongreß eine Tagesordnung an, die seine Erklärung, sich der Parteidisziplin zu beugen, zur Kenntnis nimmt, die Frage des Ministerialismus dem Parteitag zur Entscheidung überweist, die Überzeugung ausspricht, daß Ferris Tätigkeit lediglich auf die Verteidigung der Klasseninteressen der Arbeiterschaft gerichtet sei und ihm schließlich das Vertrauen seiner Wählerschaft bestätigt. Wie sich Ferri nach seinem Austritt aus der Parlamentsfraktion in Einklang mit der Parteidisziplin setzen will, ist schwer zu verstehen. Die prinzipielle Entscheidung über den Ministerialismus hat der Wahlkreiskongreß recht getan, der einzig zuständigen Instanz, dem Parteitag zu überweisen.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe. Die Aussperrung der Arbeiter der Waggonfabrik in Bautzen ist noch nicht beendet. Die Direktion versucht mit allen Mitteln Arbeitswillige zu kapern, hatte aber bisher wenig Glück damit, denn die ergatterten Leute können die Arbeiten nicht ausführen, sodaß die Arbeit an andere Firmen vergeben werden mußte, wo sich dann aber die Arbeiter weigerten, die Streikarbeit auszuführen; die Arbeit mußte infolgedessen zurückgesandt werden. Der städtische Arbeitsnachweis, ja sogar der Stadtrat in Bautzen, versucht sich in der Vermittlung von Arbeitswilligen, allerdings ohne Erfolg. Vor den Feiertagen hat eine ganze Anzahl Arbeitswilliger Bautzen den Rücken gekehrt.

In Posen wurde ein Tarifvertrag für die Drechsler abgeschlossen und zwar mit Ablaufstermin am 12. Februar 1913. Der Vertrag bringt eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden pro Woche und Anerkennung eines von den Arbeitern vorgelegten Akkordtarifes, der im Laufe der Vertragsperiode eine Erhöhung von 5 Proz. erfährt. Neben diesem werden die Aufschläge für Überstunden usw. durch den Tarif geregelt.

Die Tarifbewegung in der deutschen Holzindustrie ist in ein neues Stadium eingetreten. In den letzten Tagen hat in Berlin eine Versammlung des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe stattgefunden, an welcher die Vertreter von 42 an der Bewegung beteiligten Verbände teilgenommen haben. Man hat dort über die ungeheuerlichen Forderungen der Holzarbeiter gezetert, diesen die Schuld dafür aufgebürdet, daß die Verhandlungen an den Orten so langsam vorwärts gehen und den Beschluß gefaßt, das zwischen den beteiligten Zentralvorständen vereinbarte Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Berlepsch abzulehnen. Die Willensmeinung der Versammlung wurde in folgender Resolution niedergelegt:

„Die Vertreter der in Frage kommenden 42 Verbände stellen mit lebhaftem Befremden fest, daß die Arbeiterverbände im direkten Gegensatz zu den Vereinbarungen der Zentralvorstände vom 26. u. 27. Oktober 1909 fast auf der ganzen Linie die örtlichen Vertragsverhandlungen in unverantwortlicher Weise hinzugezogen haben. Weiter nimmt die Versammlung mit Entrüstung Kenntnis von den bisher bekannt gewordenen, geradezu ungeheuerlichen Forderungen, die ohne jede Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage des Holzgewerbes gestellt sind, und welche gar nicht ernst genommen zu werden verdienen. Nach der Überzeugung der Versammlung ist dieses eigenartige Verhalten der Arbeiterverbände von der Erwartung diktiert, daß das vereinbarungsgemäß nur für den äußersten Notfall vorgesehene Schiedsgericht den Arbeitern einseitig unberechtigte Vorteile bringen soll, wenn es entgegen den Abmachungen von vornherein als Generalschiedsgericht tätig sein würde.

Aus obigen Gründen lehnt die Versammlung das Schiedsgericht mit aller Entschiedenheit ab und fordert im Interesse einer friedlichen Lösung den schnellsten Fortgang der örtlichen Verhandlungen."

Was die auf der Tagung der Holzindustriellen gegen die Holzarbeiter erhobenen Beschuldigungen anbelangt, so wird der Holzarbeiterverband den Herren gehörig dienen. Hat der Vorstand des Holzarbeiterverbandes doch erst vor wenig Tagen dem Schutzverband eine Reihe konkreter Fälle beschwerdeführend vorgetragen, in denen die Arbeitgeber die Verhandlungen verzögerten. Die Ablehnung des Schiedsgerichts bedeutet aber die Kriegserklärung. Die Holzarbeiter Deutschlands wissen nun, woran sie sind, wenn bisher noch hier und da ein Zweifel bestand. Mit allen Kräften muß am Ausbau des Verbandes gearbeitet werden. Den Herren Holzindustriellen muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Forderungen der Holzarbeiter immer ernst genommen werden müssen.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe zieht weitere Kreise. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München kündigte auch den Kunst- und Bauschlossern zum 31. März den Tarif. Von der Tarifkündigung werden 800 Schlosser betroffen.

Die Bauunternehmer richten sich auf einen großen Kampf ein. Der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin hat an die Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt: „Wie sich die Verhältnisse nach dem 1. April 1910 gestalten werden, ist demnach noch gänzlich ungewiß. Wenn man berücksichtigt, welche großen Schwierigkeiten der Verständigung über das Tarifmuster noch entgegenstehen, wenn man die Unsicherheit hinsichtlich der Lohnfrage bedenkt, wird man vorsichtigerweise immerhin mit einer Verschärfung der Situation im kommenden Frühjahr rechnen müssen. Wir erachten es demgemäß für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse in die Verträge die Streikklausel aufnehmen und bei Ihren geschäftlichen Dispositionen die Möglichkeit des Scheiterns der Tarifverhandlungen nicht außer acht lassen."

Als kleiner Scharfmacher fühlt sich anscheinend der Holzwarenfabrikant Hohmann in Oberneubrunn in Thüringen. Er entließ zum Fest der Liebe 20 Arbeiter, wovon 18 verheiratet sind, weil sie dem Holzarbeiterverband angehören. Für den Geist, der diesen Herrn beseelt, ist folgender Passus aus seiner Arbeitsordnung bezeichnend: „Alle Arbeiter sind ihren Vorgesetzten zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Ungehorsam und Widersetzlichkeit gegen die Vorgesetzten berechtigt zur sofortigen Entlassung."

Zum Ausstand der Sticker in Plauen i. V. Der Stickerstreik hat nun auch auf die Orte außerhalb Plauens übergegriffen. In Falkenstein streiken 300, in Treuen gegen 50 Sticker, am Freitag sollten noch weitere Arbeitseinstellungen erfolgen. Dabei werden jeden Tag von Unternehmern die Forderungen der Arbeiter bewilligt. In Plauen arbeiten gegen 1100 Sticker zu den neuen Bedingungen. Die Situation ist demzufolge günstig für die Arbeiter.

Vom „gesicherten" Koalitionsrecht. Wie das vielgerühmte" Koalitionsrecht in Preußen-Deutschland aussieht, dafür liegen bereits soviel Beweise vor, daß es eines neuen fast gar nicht mehr bedarf. Trotzdem wollen wir unseren Lesern den Wortlaut einer Verfügung nicht vorenthalten, die von den Eisenbahndirektionen an die Inspektionen und Vorsteher der Bureaus und Dienststellen gelangt ist, und die sich gegen den Deutschen Transportarbeiter-Verband wendet:

Bekanntmachung

betreffend den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband und dessen Reichssektion der Eisenbahner entfaltet eine lebhafte agitatorische Tätigkeit, um auch die Eisenbahnbediensteten zum Anschluß an eine Organisation zu verleiten und sein Verbandsorgan: „Weckruf der Eisenbahner" unter ihnen zu verbreiten.

Der Verband verfolgt ordnungsfeindliche Bestrebungen und hat sich zum Ziel gesetzt, den Frieden zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern zu stören. Die Einladungen zu seinen Versammlungen läßt er in der Regel durch Zuschriften und gedruckte Karten ergehen, die harmlose Unterschriften, wie z. B. „Klub Fidelitas" tragen, um die Eingeladenen über den wahren Charakter der Veranstaltung zu täuschen. Auch schickt er unaufgefordert Mitgliedskarten zu und sucht deren Annahme dadurch zu erleichtern, daß er für die erste Zeit keine Beiträge fordert. Nach § 2 Abs. 3 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Preußisch-Hessischen Staatseisenbahnverwaltung ist die Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Vereinen verboten. Wir fordern daher diejenigen, welchen sich schon zum Beitritt haben verleiten lassen, auf, sofort ihr Ausscheiden aus dem Transportarbeiterverband herbeizuführen. Bedienstete, die trotz des Verbotes an dem Transportarbeiterverband teilnehmen, ihn fördern oder unterstützen, haben, da derartige Bestrebungen mit der Beschäftigung in der Staatseisenbahnverwaltung unvereinbar sind, unnachsichtlich Auflösung des Dienstverhältnisses zu erwarten.

Eine verbotene Unterstützung ist auch in dem Halten des Verbandsorgans „Weckruf der Eisenbahner" zu erblicken. Bedienstete, denen Mitgliedskarten oder Exemplare des „Weckruf" unaufgefordert zugehen, werden diese zweckmäßig an die Dienstvorsteher abgeben, um nicht fälschlicherweise in den Verdacht der Teilnahme an den Bestrebungen des Verbandes zu geraten. Wir vertrauen der Einsicht unserer sämtlichen Angestellten und Arbeiter, daß sie sich von dem Transportarbeiter-Verband und ähnlichen ordnungsfeindlichen Organisationen fernhalten, und uns keinen Anlaß geben, von der Strafandrohung Gebrauch zu machen.

Diese Bekanntmachung ist in den Werkstätten, Aufenthaltsräumen der Arbeiter und anderen, dem Publikum nicht allgemein zugänglichen Stellen ohne Verzug zum Aushang zu bringen. Auf kleinen Stationen kann der Aushang unterbleiben, die Bekanntmachung ist dann durch Umlauf zur Kenntnis zu bringen. Die Dienststellenvorsteher haben dafür Sorge zu tragen, daß jeder Arbeiter von der erlassenen Anordnung Kenntnis erhält; auch jeder neu eintretende Arbeiter ist über das bestehende Verbot zu unterrichten. Exemplare der Bekanntmachung sind bei Mehrbedarf bei dem Zentralbureau anzufordern."

Partei und Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten. Die Beziehungen zwischen der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten sind

---

Die beiden setzten sich, der Mahnung gehorchend, nieder, und Lange fuhr fort:

„Der Vorgang wird zunächst folgender sein: In derselben Zeit, in welcher Iwan seinen Handstreich gegen das Zeughaus ausführt, werde ich an der Spitze eines ausgewählten Trupps das Rathaus zu gewinnen trachten und es nötigenfalls mit Gewalt wegnehmen. Wenn ich bei dieser Gelegenheit persönlich anführe, so tue ich es nicht nur, um dem Vorwurfe aus dem Wege zu gehen, als habe ich aus sicherer Entfernung dem Kampfe zugesehen, sondern auch dem Volke zu zeigen, daß jeder von uns entschlossen ist, für die Volkssache nötigenfalls mit seinem Leben einzustehen, um so mehr wird man uns Vertrauen schenken. Unmittelbar darauf beginnt die weitere Aktion nach dem von Leutnant Sommer mit großem Fleiße ausgearbeiteten, von unseren Sachverständigen geprüften Plane. Übermorgen früh beginnen mit dem Glockenschlag fünf die Operationen; sollten unvorhergesehene Ereignisse eintreten, so werden die Betreffenden von einer etwaigen Abänderung in Kenntnis gesetzt, im übrigen lassen wir uns durch nichts irre machen. Und nun, da alles Nötige besprochen, ist es wohl an der Zeit, daß wir Geächteten unseren Zufluchtsort aufsuchen und die Damen nicht länger behelligen. Sie, Herr Mensch, erweisen uns einen wesentlichen Dienst, wenn Sie die zurückbleibenden Herren in der Pflicht, die Damen nach Hause zu geleiten, unterstützen, denn es wäre für letztere nicht ratsam, zu solcher Stunde und unter solchen Umständen sich allein in die Straße zu wagen. Und nun, verehrte Herrschaften, unsere Entschuldigung wegen der langen Belästigung und ein baldiges Wiedersehen in der Freiheit."

„Wollen die Herren nicht erst ein einfaches Abendbrot bei uns einnehmen?" fragte Frau von Sokolow.

„Wir sind sehr dankbar für die freundliche Einladung, aber unsere Stunde hat geschlagen, und unser Abendbrot haben wir in der Tasche", erwiderte Lange.

„Nun, dann wenigstens ein Glas Wein", bat die freundliche Wirtin von neuem.

„Richtig, ein Glas Wein", rief der Philosoph, „ich habe über das Reden ganz vergessen, daß ich schon halb verdurstet bin."

Iwan rief dem Diener, der schon seit beinahe einer Stunde mit dem Weine in der ihm vorgeschriebenen Entfernung wartete.

„Daß die Volkssache siege!" rief Lange, ein Glas ergreifend.

„Daß die Freiheit erblühe!" fügte Wießner hinzu.

„Daß wir alle ein fröhliches Wiedersehen feiern!" wünschte Frank.

„Und daß es uns nie an einem guten Glas Wein fehle!" schloß der Philosoph höchst prosaisch und zog sich dadurch einen zornigen Blick Olgas zu.

Die Flüchtlinge eilten nun ungesäumt von dannen; auch die Damen wollten aufbrechen, aber Frau von Sokolow bat sie, noch einen Augenblick zu verweilen und sprach:

„Die Herren haben mit großer Umsicht beraten und beschlossen, aber sie haben nicht daran gedacht, daß ihre Taten Opfer verlangen werden, sie haben an den Kampf gedacht und nicht an die Verwundeten. Füllen wir diese Lücke aus; sammeln wir so schnell als möglich eine Anzahl von opferfreudigen Mädchen und Frauen um uns und rüsten wir uns zu Werken der Barmherzigkeit. Wir werden so gefaßter und ruhiger die ernsten Stunden verbringen, welche die Zukunft im Schoße hat."

„Sie eröffnen uns eine schöne, wenn auch traurige Tätigkeit," rief Helene erregt, „ja, auch wir können etwas tun, auch wir können teilnehmen an dem hohen Werke. Und so lassen Sie uns keine Minute säumen, denn es will viel vorbereitet sein, wenn wir auch nur das Notdürftigste leisten wollen. Meine Wohnung steht Ihnen zur Verfügung, sie ist günstig gelegen und hat Raum genug, Sie alle aufzunehmen."

„Sobald wir hier den vorhandenen Vorrat von Leinwand und anderen brauchbaren Gegenständen zusammengesucht haben, werden wir Ihnen folgen", erklärte die Wirtin, und nun brach die Gesellschaft in Eile auf.

„Nun, Herr Mensch, gehen Sie denn nicht auch?" fragte Olga den allein zurückgebliebenen Philosophen.

„Sobald Sie fertig sind, werde ich mit Ihnen gehen, denn meine Ritterpflicht erlaubt es auf keinen Fall, daß ich Sie diesen weiten Weg allein gehen lasse."

„Wir werden auf jeden Fall fahren und die Dienerinnen mitnehmen."

„Das werden Sie nicht tun, wenn ich bitten darf, denn Sie würden wahrscheinlich überall angehalten werden. Die Stadt sieht nicht mehr aus, wie sie am Tage ausgesehen."

„Nun, dann entschuldigen Sie, denn ich muß Mama unterstützen."

„Tun Sie das, ich werde einstweilen dem Weine Gesellschaft leisten."

„Wie Sie nur so begierig auf Wein sein können, das will sich doch für einen Philosophen garnicht schicken."

„Das kommt auf die Schule an, ich meinerseits gehöre zu der des Epicur."

„Also ein Genußmensch? Das gefällt mir nicht, ich glaubte, Sie wären ein Stoiker."

„Dazu bin ich noch zu jung, das kommt erst mit den fünfziger Jahren."

„Und wenn Sie dieses Alter garnicht erreichen?"

„So sterbe ich als Epicuräer."

„Sie wissen doch auf alles Antwort. Adieu einstweilen."

„Ein reizendes Mädchen," murmelte der Philosoph, indem er sich ein Glas Wein einschenkte. Wenn das noch eine Weile so fortgeht, dann geht mein ganzes bißchen Philosophie zum Teufel. Ich glaubte, nun wenigstens über die allergröbsten Torheiten hinweg zu sein, aber es irrt doch der Mensch, so lange er lebt."

Der Philosoph schenkte sich ein drittes Glas ein und versank in ein tiefes Nachsinnen über das, was er erlebt und was ihm nicht gelungen, bis laute Stimmen aus der Straße ihn wieder an die Außenwelt erinnerten. Er bog sich über die Gartenmauer und rief:

„He! Arbeiter! kommt einmal her!"

„Was solls?" erwiderten mehrere Stimmen.

„Wo kommt Ihr denn her?"

„Aus L., wenn's dem Herrn recht ist."

„Es muß mir schon recht sein, aber sagt, seid Ihr nicht von einem Herrn Heinrich Mensch bestellt worden?"

„Das sind wir."

„Wallstraße 16?"

„Das stimmt."

„Nun, so wißt, daß ich Euer Arbeitgeber bin."

„Um so besser, dann werden Sie uns wohl zu einem Unterkommen verhelfen, es soll damit sehr hapern in der Stadt?"

„So ist's, aber ich nehme Euch Alle in meinem Hause auf. Und hier, zum Willkommen, einen Schluck Wein; Ihr könnt gleich aus den Flaschen trinken."

(Fortsetzung folgt.)

von jeher der Gegenstand recht ausgedehnter und leider oft von Entgleisungen aller Art reichen Auseinandersetzungen gewesen, sodaß das Chikagoer täglich erscheinende Parteiblatt „The Chicago Daily Socialist", kürzlich nicht mit Unrecht darauf hinwies, es sei an der Zeit, die bisherigen Erfahrungen nun endlich in praktische Betätigung umzusetzen. In einer Reihe besonderer Artikel wurde auseinandergesetzt, daß die feindliche Haltung der meisten Gewerkschaften gegenüber der sozialistischen Partei zumeist Schuld der Partei selbst sei, die es wohl verstanden habe, stets in der schärfsten Weise zu kritisieren, nicht aber, wie das in anderen Ländern geschehen sei, durch praktische Mitarbeit sich das Vertrauen der Gewerkschaften zu erwerben. Eine Anzahl von Vorschlägen, wie dieser ungesunde Zustand beseitigt werden könnte, werden gemacht, denen sich viele hervorragende Partei- und Gewerkschaftsführer angeschlossen haben. Ganz besonders sollen die Parteimitglieder angehalten werden, ihren Gewerkschaften beizutreten und innerhalb derselben durch rege Betätigung auf dem gewerkschaftlichen Gebiete sich vor allen Dingen Vertrauen und damit dauernden Einfluß zu verschaffen. Um diesen Gedanken zu propagieren, hat die genannte Zeitung am 17. Dezember eine „Gewerkschaftliche Sonderausgabe" veranstaltet, die in mehreren hunderttausend Exemplaren in Gewerkschaftskreisen verbreitet wurde und deren Inhalt wohl dazu angetan ist, die früheren unfruchtbaren Diskussionen auf ein besseres Geleise zu bringen. Legien, der Vorsitzende der Deutschen Generalkommission und internationaler Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, schildert im Hauptartikel die Beziehungen der sozialdemokratischen Partei zu den Gewerkschaften, sowie deren Entwickelung und weist ausführlich die Notwendigkeit wie auch den Nutzen des Zusammenwirkens der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nach. Dasselbe befürwortet auf Grund der Erfahrungen in England der englische sozialistische Abgeordnete Clynes, der kürzlich dem amerikanischen Gewerkschaftskongreß beiwohnte und dort ähnliches auch schon mündlich ausführte. Morris Hillquit hat einen bemerkenswerten Beitrag „Die gegenwärtige Aufgabe der sozialistischen Partei" geliefert, in dem er u. a. sagt: „Der Sozialismus in Amerika ist zurzeit eine Arbeiterbewegung ohne die Arbeiterklasse, und diese Anomalie hinwegzuschaffen, sei unsere Hauptaufgabe." Das könne nur geschehen, wenn das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften anders werde, und zwar hauptsächlich durch kräftige und aufrichtige Förderung der Gewerkschaftsbewegung selbst, wodurch dann das so dringend notwendige Zusammenarbeiten beider Gruppen bald ermöglicht sein würde. Auch Jos. Proebstle, der Führer des amerikanischen Brauereiarbeiterverbandes und andere schreiben in gleicher sachlicher Weise, sodaß die jetzt planmäßig gedachte Agitation der nächsten Zeit, welche die sozialistische Partei zu betreiben gedenkt, um ein besseres Verhältnis in den Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen, wohl einigen Erfolg erhoffen läßt.

Soziales.

Versicherungsämter und Berufsgenossenschaften. Den in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Versicherungsämtern sollte auch nach dem ersten Entwurf die Festsetzung jener Renten übertragen werden, die von den Berufsgenossenschaften zu bezahlen sind. Gegen diese Bestimmung hat das Unternehmertum alle möglichen Bedenken geltend gemacht, man will sich das Recht der Rentenfestsetzung auf keinen Fall nehmen lassen. Die verbündeten Regierungen haben den Wünschen der Unternehmer nunmehr Rechnung getragen, der umgearbeitete Entwurf enthält die angegriffene Bestimmung nicht mehr, den Berufsgenossenschaften wird das Recht der Rentenfestsetzung belassen und die verunglückten Arbeiter haben auch weiterhin das Vergnügen, erst das Schiedsgericht anrufen zu müssen, ehe sie eine entsprechende Rente erhalten.

Kommunales.

Gymnasiasten als Prügelknaben. Zwischen den Stadtverordneten in Schwelm und der Regierung ist es zu einem Konflikt gekommen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte einen Beschluß gefaßt, einen Neubau für das städtische Realgymnasium auszuführen unter der Bedingung, daß die Regierung ihren jährlichen Zuschuß für die Anstalt um rund 8000 Mk. erhöhe. Der Kultusminister Trott zu Solms hat aber auf ein diesbezügliches Gesuch die bedingungslose Ausführung des Neubaues verlangt, da er andernfalls die Genehmigung zur Abhaltung der diesjährigen Abiturientenprüfung verweigern müsse. In einer der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde das Verhalten des Ministers scharf gerügt. Man wählte eine Deputation, die zunächst beim Provinzialschulrat, dann beim Unterrichtsminister die Erlaubnis zur Abhaltung der Prüfung erwirken soll.

Erhöhung der Löhne städtischer Arbeiter. Nach mehrmaligen Versuchen ist es am Mittwoch endlich den sozialdemokratischen Stadtverordneten Leipzigs gelungen, einen Antrag durchzubringen, wonach der Rat der Stadt ersucht wird, eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter vorzunehmen. Der Stadtbaurat Peters, wie auch der Oberbürgermeister Dr Dittrich ließen es nicht an wohlfeilen Versprechungen, die Sache „im Auge zu behalten" fehlen. Aber unsere Redner, vier an der Zahl, ließen diesmal nicht locker. Einen schlechten Dienst leistete der Mittelständler Baurat Encke dem Rat, der klipp und klar forderte, die Stadt dürfe nicht durch Gewährung hoher Löhne die Privatindustrie zwingen, auch höhere Löhne zu zahlen. Dieses Argument war für den Rat so kompromittierend, daß ein Vertreter der Großbourgeoisie, Professor Meyer, den Rat gegen diese Zumutung in Schutz nahm und es als einen Segen bezeichnete, wenn gute, hohe Löhne gezahlt werden. Er wies darauf hin, daß der höhere Verdienst der Arbeiter wieder durch zahlreiche Kanäle dem Gemeinwesen zugeführt würde, denn wenn der Arbeiter Geld habe, so habe es die ganze Welt. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich gegen 14 Stimmen angenommen.

Stadtverordneten-Wahlsiege. In Untergrombach (Baden) siegte bei der am Mittwoch (29. Dezember) stattgehabten Bürgerausschußwahl zum erstenmal die sozialdemokratische Liste. Die Wahl ist insofern typisch, als bis jetzt in dem rein katholischen Ort das Zentrum ausschließlich dominierte. Untergrombach galt bis vor kurzer Zeit, wenigstens bei den Schwarzen, als uneinnehmbare Zentrumshochburg. Jetzt hat die Finanzreform anscheinend doch das Pulver geliefert, um deren Wälle in die Luft zu sprengen. Auch bei der Landtagswahl hatten wir an diesem Ort bedeutende Stimmenzunahme zu verzeichnen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein brutales Weib. Aus Jekaterinoslaw wird gemeldet, daß die Gräfin Kapnist, Vorsteherin des dortigen Roten Kreuzes, zu vier Wochen Arrest wegen schwerer Mißhandlung barmherziger Schwestern verurteilt wurde. Auf Befehl der Gräfin mußte ein Tscherkesse die barmherzigen Schwestern auspeitschen.

Aus Nah und Fern.

Warnung vor einem Polizeispitzel. Der „Verein der föderierten Anarchisten Berlins und Umgegend" warnt vor seinem gewesenen Mitgliede Max Schiefer, Berlin N, Linienstraße 117 (früher betrieb derselbe Linienstraße 114 eine Buchhandlung), welcher seit dem 6. oder 10. Januar 1909 im Dienste der VII. Abteilung der Berliner politischen Polizei steht, und zwar für einen monatlichen Judaslohn von 40 Mk. Zuerst hat Schiefer mit dem Herrn Kriminalbeamten Radtke, Lichtenberg bei Berlin, Volkerstraße 2, I. rechts, bei Fr. Hermann sein lumpiges Handwerk betrieben; jetzt setzt er seine schurkischen Handlungen mit dem Herrn Kriminalkommissar Kunze, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 9, fort. Schiefer hat mit ausländischen Anarchisten eine starke Korrespondenz geführt, die manchem die Ausweisung aus Preußen-Deutschland eingebracht hat. Es sei daher vor diesem internationalen Verräter gewarnt. Paul Frauböse, Stolpischestraße 22. Paul Wehrle, Kastanien-Allee 61.

Unter schwerem Verdacht. Aus Breslau wird berichtet: Unter dem dringenden Verdacht, vor einigen Tagen auf dem Felde in Neuhof die auf dem Besitztum des Großherzogs von Sachsen-Weimar in Heinrichau beschäftigte Arbeiterin Emma Sander ermordet und zerstückelt zu haben, wurde in Striegau der Fleischergeselle Paul Jerdrich verhaftet.

Staatliche Versuchsschweine. Das preußische Landwirtschaftsministerium hat angeordnet, daß auf dem staatlichen Gute Mocheln neuerdings 30 Schweine ausgiebig mit Eosingerste gefüttert werden sollen, um die Wirkung dieses Farbstoffes auf die Tiere noch einmal zu erproben.

Familiendrama. In Alt-Teltow bei Berlin hat gestern die 31jährige Ehefrau Klocke ihre 2½jährige und ihre sechsjährige Tochter aufgehängt und dann mit einem Beil erschlagen; sie selbst warf sich dann vor einen Zug und wurde durch Überfahren getötet. Das Motiv ist in Schulden zu suchen, wegen der sie Vorwürfe ihres Ehemannes befürchtete. In Berlin sind in den beiden letzten Tagen mehr als 20 Bluttaten und Selbstmorde zu verzeichnen.

Zusammenstoß zweier Güterzüge. Eine amtliche Meldung aus Kassel, 31. Dezember, besagt: Der gestern abend hier abgegangene Eilgüterzug 6347 fuhr auf der Station Willebadessen der Strecke Warburg—Altenbeken mit dem Güterzug 6363 zusammen. Der Zugführer des Eilgüterzuges wurde sofort getötet. Mehrere Leute vom Personal des Güterzuges sind schwer verletzt worden. Der Materialschaden ist bedeutend. Etwa 15 Güterwagen sind zertrümmert. Beide Gleise sind gesperrt. Von Kassel, Warburg und Altenbeken sind Hilfszüge nach der Unfallstelle abgegangen. Die Aufräumungsarbeiten dauern voraussichtlich den ganzen Tag. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt.

Ein Unteroffizier auf der Menschenjagd. Am Montag, den 27. Dezember kehrten drei Unteroffiziere des 170. Infanterie-Regiments zu Offenburg (Baden) vom Scheibenstand zurück. Einer von ihnen scheint im Zustande der Angetrunkenheit gewesen zu sein. In der Nähe des Offenburger Kirchhofes machte dieser Unteroffizier Robert Bär der 7. Kompagnie einen Angriff auf den städtischen Arbeiter Karl Volz, der bei der Kanalisation beschäftigt, eine Schutzlaterne anzündete. Der Unteroffizier schlug mit seinem Gewehr den Arbeiter jäh zu Boden. Er blutete aus einer 4½ Cm. großen Schädelwunde. In einiger Entfernung sollte ein zweiter Arbeiter ebenfalls zur Strecke gebracht werden, der sich aber mit einer Hacke verteidigen konnte. Der städtische Friedhofsaufseher eilte auf die Hilferufe herbei — es sollen auch Frauen bedroht gewesen sein; — auch er wurde mit dem Gewehr des Bär schwer verletzt durch Schläge, doch vermochte der Aufseher dem Unteroffizier die Achselklappen wegzureißen und ihn so zu zeichnen daß er in der Kaserne festgenommen werden konnte. Die beiden stillen Teilnehmer werden hoffentlich auch zur Rechenschaft gezogen werden.

2 Kinder erstickt. In Wiemersdorf bei Koburg gerieten in der Wohnung des Papiermachedrückers Steiner die um den Ofen zum Trocknen aufgestapelten Papiermachewaren in Brand. Als die Steinerschen Eheleute aus der Stadt heimkehrten, fanden sie ihre drei Kinder im Alter von drei, sieben und neun Jahren leblos vor. Die beiden älteren Kinder waren tot, das jüngste konnte vom Arzt ins Leben zurückgerufen werden.

Polizeiliche Großmut. Dem Schweizer Wegelin, der wegen der bekannten Marseillaise-Affäre in Mülhausen aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen worden ist, ist von der deutschen Regierung erlaubt worden, während der Weihnachtsfeiertage zwölf Stunden in Mülhausen zu verweilen. Sie hat ihm ferner gestattet, in Zukunft jeden Monat einen Tag in den Reichslanden zu verweilen. Wegelin hat sein Hauptgeschäft in Mülhausen; aus Rücksicht darauf ist wohl die Polizei so großmütig gewesen, den Missetäter jährlich zwölf Tage deutsche Luft atmen zu lassen.

Tragödie des Lebens. Der in Köln-Deutz wohnende fünfundzwanzigjährige Lokomotivführer Grunert verletzte Freitag, mittags gegen 12 Uhr, seine Frau durch Revolverschüsse tödlich und brachte sich selbst eine lebensgefährliche Verletzung durch einen Schuß in die rechte Schläfe bei. Das Ehepaar hatte zwei kleine Kinder. Das Motiv der Tat waren Familienzwistigkeiten. — Ferner wird aus Lindau gemeldet: Freitag vormittag erschoß in einem hiesigen Hotel der 20jährige Techniker Otto Fischer aus Kyritz in Pommern die 18jährige Anny Fürsten aus Berlin. Aus den hinterlassenen Briefen geht hervor, daß beide freiwillig in den Tod gegangen sind, weil die Heirat nicht für sie zu erreichen war.

Die „objektivste" Behörde — aber nicht für Dienstboten! Das Dienstmädchen Marie Dichte aus Golzow, das seit 1906 bei dem Mühlenbesitzer Henning in Stellung war und sich für das Jahr 1910 wieder bei derselben Herrschaft vermietet hatte, war gezwungen, in einem gegen ihren Dienstherrn eingeleiteten Strafverfahren wegen Unterschlagung zuungunsten des „Herrn" auszusagen. Von dieser Zeit ab taugte das Mädchen nichts mehr und mußte sich manche Beschimpfung gefallen lassen. Sie kündigte deshalb das Dienstverhältnis. Das brachte den „Herrn" aber noch mehr in Harnisch. Am 30. Oktober kehrte er vom Jahrmarkt zurück und belegte das Mädchen mit Schimpfnamen, so daß selbst eine anwesende Arbeiterfrau sagte: „Mädel, laß Dir doch das nicht gefallen! Diese Behandlung ist ja unerhört! Geh doch nach Hause! Diesen Rat wollte das Mädchen befolgen. Sie ging nach ihrer Kammer, um sich umzukleiden. Der Dienstherr drang nun in die Kammer des Mädchens ein und suchte sie durch Prügel zum Bleiben zu nötigen. Mit welch brutaler Gewalt der „Herr" vorgegangen ist, geht aus einem ärztlichen Attest hervor, das Dr. R. Janisch ausstellte. Gestützt auf dieses Gutachten und das Zeugnis von drei Zeugen, stellte das Mädchen Strafantrag gegen den Dienstherrn. Darauf erhielt sie folgenden Bescheid von dem Amtsanwalt in Brandenburg: „Auf Ihren Strafantrag vom 1. 11. 09 wider den Mühlenbesitzer Edmund Hennig wegen Körperverletzung werde ich die öffentliche Klage nicht erheben, weil das nicht im öffentlichen Interesse liegt. Es bleibt Ihnen unbenommen, Ihr Recht im Wege der Privatklage zu verfolgen." Das Mädchen und deren Angehörige waren anderer Ansicht darüber, ob die Verfolgung solcher Roheit „im öffentlichen Interesse liegt. Es wurde Beschwerde gegen den Beschluß des Amtsanwalts erhoben. Diese wurde aber von dem Ersten Staatsanwalt beim Landgericht Potsdam zurückgewiesen. Wenn ein Dienstherr einen Dienstboten mit Beschimpfungen belegt und obendrein den Dienstboten durch Mißhandlungen verletzt, so liegt die Strafverfolgung demnach nicht im öffentlichen Interesse — das ist die Quintessenz dieses wie vieler anderer ähnlicher Fälle. Wenn ein Dienstbote auch nur „widerspenstig", „ungehorsam" ist oder gar den Dienst verläßt, wird auf Antrag des Dienstherrn „im öffentlichen Interesse" Anklage erhoben, die Polizei vielleicht noch mobil gemacht. Aber wenn ein Dienstherr die Wehrlosigkeit und die nahezu an Rechtlosigkeit streifende Lage eines preußischen Dienstboten zu Mißhandlungen mißbraucht, liegt es im „öffentlichen Interesse", keine Anklage zu erheben? Wie denkt der preußische Justizminister über diese Angelegenheit? Gedenkt er die ihm unterstellten Staatsanwaltschaften anzuweisen, in jedem Fall „im öffentlichen Interesse" Anklage zu erheben, in dem das Dienstverhältnis zu Prügeleien und Nötigungsversuchen wie in diesem Falle mißbraucht wird? Und wie denkt der Herr Justizminister ferner über endliche Beseitigung der schmachvollen Ausnahmegesetze gegen das Gesinde und ländliche Arbeiter.

Risiko der Arbeit. In Oberhausbergen (Niederelsaß) ist ein Wasserwerkschacht eingestürzt. Zwei Arbeiter wurden getötet.

Eine furchtbare Familientragödie hat sich in Chesallet bei Aosta ereignet. Die angesehenste Familie des Ortes sind die Dondennays. Als der alte Dondennay starb, entstand zwischen seinen beiden Söhnen, dem Alpenjägerleutnant Ottavio und dem Landwirt Vittorina ein Streit um die Erbschaft, der so ausartete, daß Vittorina am Donnerstag nach der Mahlzeit im Jähzorn die Flinte ergriff und seinen Bruder niederschoß. Darauf machte er auch seinem Leben ein Ende.

Große Kälte in den Vereinigten Staaten. Dem Berliner Tageblatt wird aus Neuyork gemeldet: Fast die ganze östliche Hälfte der Vereinigten Staaten leidet unter einer enormen Kälte, die in einzelnen Gegenden bis 36 Grad unter Null beträgt. Im Norden des Staates Neuyork ist die Temperatur nur auf 5 Grad unter Null zurückgegangen. Die eigentliche Kälteregion erstreckt sich von Chicago aus südwärts. In Albania haben vier Personen den Tod durch Erfrieren gefunden. Die öffentlichen Obdachlosenasyle und Wärmehallen in Chicago sind überfüllt. Viele Straßenarbeiter, deren Kleidung sie nicht genügend gegen die Kälte zu schützen vermag, müssen ihre Beschäftigung aufgeben. Auf dem Hudsonfluß haben sich Eisbänke gebildet.

Eisenbahnunglück. Der Schnellzug der Rock Islandbahn entgleiste in der Nähe von Trenton (Vereinigte Staaten). Die Wagen verbrannten zum Teil. Etwa 20 Personen wurden getötet oder verwundet.

Mädchenraub in der Chikagoer Chinesenstadt. Das Verschwinden mehrerer weißer Mädchen in der Chikagoer Chinesenstadt erregt in Chikago großes Aufsehen. Die Polizei stellt in dem Chinesenviertel umfangreiche Nachforschungen nach mehreren weißen Mädchen an, von denen angenommen wird, daß sie in chinesischen Opiumhöhlen festgehalten werden. Der Polizei ist nämlich von einigen Mädchen, die sich in Opiumhöhlen aufgehalten hatten, mitgeteilt worden, daß eine ganze Anzahl weißer Mädchen von Chinesen gefangengehalten werden. Die Mädchen seien von Chinesen, denen sie zufällig in Restaurants begegneten, nach der Chinesenstadt verschleppt worden, wo sie unter schweren Mißhandlungen zu leiden hätten.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte am Neujahrstage die bekannte Straußsche Operette „Die Fledermaus" zur Aufführung. Daß gerade eine dringende Notwendigkeit für die Aufnahme weiterer Operetten in das recht dürftige Repertoir der letzten Zeit vorliegt, kann wohl schwerlich behauptet werden. Da die „Fledermaus" jedoch zu den besten Werken ihrer Art gehört, so begegnet man ihr von Zeit zu Zeit noch immer ganz gern, zumal wenn ihre Wiedergabe erfreulich ist. Am Neujahrstage war die richtige ausgelassene Stimmung bei den meisten Mitwirkenden auf der Bühne vorhanden, und diese übertrug sich auch auf das Publikum. Heiterkeit und Fröhlichkeit herrschte im ganzen Hause. Der lebhafte Beifall, der allen Künstlerinnen und Künstlern zuteil wurde, sprach deutlich für das Wohlgefallen, welches die sehr zahlreich versammelten Anwesenden an der Vorstellung empfanden. Weiter auf die „Fledermaus" und ihre Wiedergabe einzugehen, erübrigt sich. Es war alles recht gut.

P. L.

Die gestrige Aufführung der „Zauberflöte" rief allseitig lebhafte Befriedigung hervor. Für das plötzlich erkrankte Frl. Stretten war als 1. Dame der Königin der Nacht Frl. Kahler eingesprungen. Die Papagena sang Frl. Leclaire vom Hoftheater zu Schwerin mit recht sympathischer Stimme, auch für ihr gewandtes und anmutiges Spiel durfte sie verdienten Beifall ernten. Das sehr zahlreich erschienene Publikum zeichnete übrigens alle darstellenden Kräfte in ehrenvoller Weise aus.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 14. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Immer langsam voran. — Zum preußischen Parteitag. Von Hans Block. — Zur Methode der politischen Ökonomie. Von Gustav Eckstein. (Schluß.) — Eine Geschichte der Jesuiten. Von Hermann Wendel. — Die neue Fernsprechgebührenordnung. Von Richard Wagner. — Literarische Rundschau: Käte Schirmacher, Die moderne Frauenbewegung. Kamille Theimer, Frauenarbeit in Österreich. Von Th. Sch. — Notizen: Arbeiterbildungsvereine auf dem Lande. Von Ludwig Andresen. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**